

Augsburger Allgemeine

MONTAG, 13. MAI 2019 AUSGABE AS | NR. 110 | 75./168. JAHRGANG

www.augsburger-allgemeine.de

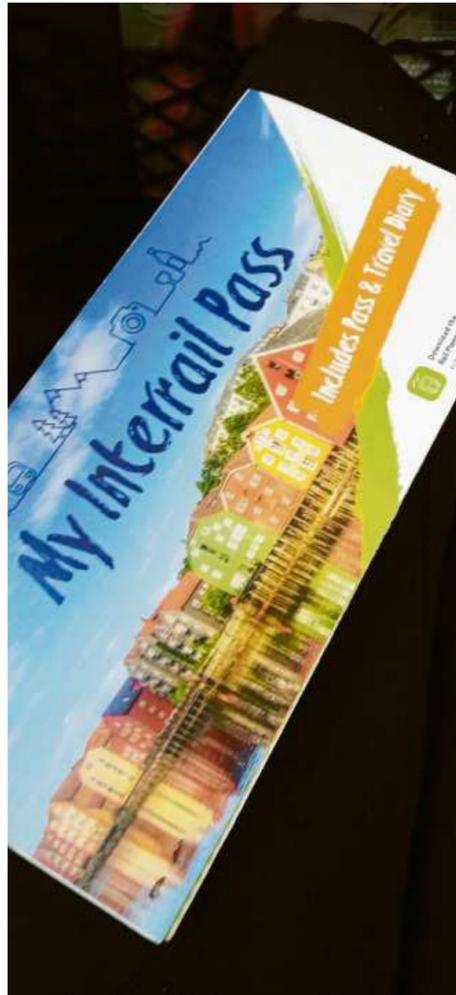
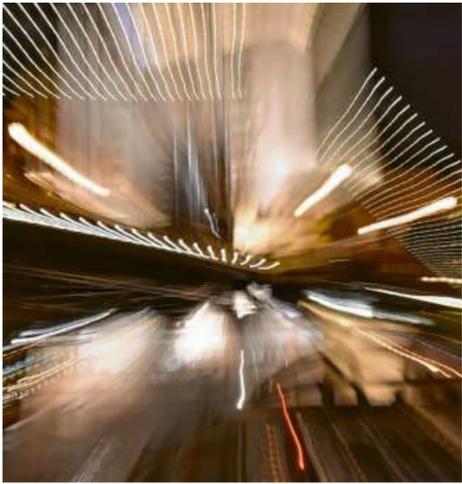
PREIS € 1,90



Europa 2019. Eine Reise

Unsere Beilage zur Europawahl





Es gibt Wahlen, die treiben den Blutdruck von uns Journalisten zuverlässig hoch. US-Präsidentenwahlen gehören dazu, von denen wir oft genauer als jeder Amerikaner wissen, wie viele Superdelegierte welcher Kandidat gerade dringend in Florida benötigt. Bundestagswahlen ebenfalls, gerade wenn es um Kanzlerinnendämmerungen geht. Bayerische Landtagswahlen auch, vor allem, wenn es mit einem Mal aussieht, als habe die CSU kein zwingendes Monopol mehr auf die ganz große Mehrheit.

Jede Menge Aufregung, Vorfreude, Wahl-Wahnwitz also. Und dann gibt es, alle fünf Jahre: die Europawahl. Wir müssen dazu noch eine Beilage machen, heißt es dann im Vorfeld, und das Wort „müssen“ wird dabei ganz besonders betont. An dieser Stelle, an der Sie diese besagte Beilage in den Händen halten, muss daher die Frage erlaubt sein: Weshalb bloß ist Europa für viele von uns ein eher abstraktes Gebilde geblieben? Weshalb muss man so viel darüber reden und schreiben, wie wichtig es sei, statt dies einfach zu spüren? Klar, manche Gründe liegen auf der Hand. Die Europäische Union wirkt auf viele fern und kalt, weil sich mit ihr keine Symbole, keine Emotionen verbinden. Wer „Europa“-Gebäude in Brüssel sucht, findet höchstens Zweckbauten. Und wer „Brüssel“ mit einem Gesicht verbinden will, landete in den vergangenen Jahren beim doch recht müden Lächeln von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Sogar Papst Franziskus sagte, Europa erinnere ihn an eine

Oma, so alt und verbraucht. Aber die Gründe für unsere Zurückhaltung liegen tiefer.

Wir haben uns von Europa auch entfremdet, weil so vieles selbstverständlich geworden ist. Wir telefonieren ohne Zögern gar im Ausland, weil es keine Roaming-Gebühren mehr gibt, aber dass wir das auch europäischen Regulierern zu verdanken haben, daran denken wir nicht mehr. Wir überqueren Grenzen, ohne auch nur nach unserem Pass zu kramen. Wir würden kichern, wenn wir das Wort „Wechselstube“ in einem Euro-Mitgliedsland läsen, und marschieren zum nächsten Geldautomaten, der – oft gebührenfrei – die gleichen Scheine ausspuckt wie daheim. Und wir tun dies unbekümmert in Ländern, in denen unsere Vorfahren sich gegenseitig buchstäblich den Schädel eingeschlagen haben.

Daran können wir uns aber gar nicht mehr erinnern, denn wir leben in Europa in der längsten Friedensperiode aller Zeiten, in Wohlstand noch dazu – ein Kontinent mit gerade mal sieben Prozent der Weltbevölkerung vereint auf sich rund ein Drittel des Welthandels

und etwa die Hälfte aller Sozialleistungen. Aber da sind wir schon wieder mittendrin in der Aufzählung von Erfolgen, die wir doch vermeiden wollten.

Und weil diese, glauben wir zumindest, auch niemand mehr lesen mag, haben wir uns in dieser Beilage für Sie auf eine europäische Reise begeben. Genauer gesagt: Wir haben vier junge Kolleginnen und Kollegen, Volontäre unserer Günter-Holland-Journalistenschule, auf eine Reise geschickt – quer über diesen Kontinent. Sie sind in den Süden gereist, in den Norden auch, sie sind von Westen nach Osten gefahren und wieder zurück. Sie hatten keine feste Reiseroute, sie hatten nur einen klaren Auftrag: zu reden, zu sprechen, Menschen begegnen, Europäern! Um Europa im Alltag zu erleben und so vielleicht einen Eindruck zu bekommen, was diesen Kontinent irgendwie doch im Innersten zusammenhält.

Das war manchmal so chaotisch, wie Europa nun einmal ist (eine unserer jungen Reisenden wurde gleich beim Aussteigen aus dem Zug an ihrer ersten Station erst einmal ausgeraubt), aber nach vielen Wochen ist

aus unserer Sicht so ein echter Reisebericht entstanden – darüber wie vielschichtig Europa ist, wie bunt, zugleich aber auch so gefährdet, so fragil.

Jeden Tag führt uns ja der rasante Aufstieg Chinas, immer neuer Trump-Furor oder Putin-Drohungen neu vor, wie klein wir uns mitunter fühlen müssen: Schon 2050 wird kein europäisches Land mehr der G7 angehören, wir drohen ein verzweigter – zudem überalterter – Kontinent zu werden. Viele Herausforderungen der Zukunft lassen sich weder lokal, regional noch national schultern, nur europäisch.

Die EU kann Großes schaffen. Über diese Erfolge muss man immer wieder reden, gewiss. Aber wir brauchen Europa auch in den Herzen – sonst überlassen wir Europa den Populisten und Vereinfachern, die mit ganzem Herzen „dagegen“ sind.

Dafür müssen wir aber Europas Gretchenfrage beantworten: Wollen wir miteinander vorangehen oder aneinander verzweifeln? Ein Tipp: Fragen Sie dazu einen jener Briten, die für den Brexit gestimmt haben und realisieren mussten, wie teuer dieser wird, buchstäblich. Vielleicht ist Europa erst so richtig wertvoll, wenn es nicht mehr da ist.

Deswegen kann es keine Ausrede geben. Europa muss uns am 26. Mai eine Stimme wert sein. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen auf den nächsten Seiten eine gute (Lese-)Reise durch Europa.

Ihr Gregor Peter Schmitz, Chefredakteur

Liebe Leserinnen und Leser



„Europa ist für mich mehr als offene Grenzen. Ein Kontinent der geteilten Werte und Träume. Und mit Englisch versteht mich jeder.“

Jonas Voss, 30, reiste für uns nach Polen, Dänemark und Irland



„In jedem Land Europas liegt für mich ein Stück Heimat. Ob Verwandte, Freunde oder nur der bekannte Supermarkt um die Ecke.“

Julian Würzer, 27, reiste für uns nach Österreich, Ungarn und Rumänien



„Paella in Berlin, Bratwurst in Brüssel, Lángos in Amsterdam – das ist Europa für mich. Und ein Gefühl, dass Herkunft nur ein Etikett ist.“

Elisa-Madeleine Glöckner, 27, reiste für uns nach Belgien, Luxemburg und Frankreich



„Europa ist eine Gemeinschaft, die eigentlich untrennbar ist – in guten wie in schweren Zeiten. Uns alle bewegen dieselben Zukunftsfragen.“

Veronika Lintner, 30, reiste für uns nach Italien und Spanien

Impressum

Europa 2019. Eine Reise ist eine Beilage der Augsburger Allgemeinen und ihrer Heimatzeitungen vom 13. Mai 2019

Chefredakteur: Gregor Peter Schmitz
Redaktion: Margit Hufnagel
Produktion/Gestaltung: Christian Imminger
Illustration: Niklas Marienhagen / MZA
Verlagsleiter: Andreas Schmutterer
Verantwortlich für Anzeigen: Rüdiger Hoebel (Ltg.), Harald Steiger
Produktmanagement: Michael Böving (Ltg.), Florian Scheurer



Auschwitz, am Abgrund

Wo soll man da nur anfangen? In Brüssel, wo vielleicht nicht die Seele, aber doch ganz sicher das Hirn der Europäischen Union sitzt? Oder im hektischen London, wo sie derzeit alles versuchen, die EU hinter sich zu lassen und doch keinen Ausweg finden? In Italien, wo die Rechtspopulisten auf den großen Erfolg bei der Europawahl hinfiebern? Nein. Unsere Reise soll dort beginnen, wo Europa am stärksten und am verletzlichsten zugleich ist. Wo einst die Menschheit in ihren tiefsten Abgrund blickte. „Nach Auschwitz“, antwortete ich meinem Taxifahrer auf die Frage, wohin ich denn wolle – und schäme mich irgendwie. Ich komme aus Deutschland, habe ich ihm zuvor erzählt. Oswiecim, wie Auschwitz im Polnischen heißt, war der Ort, an dem im Zweiten Weltkrieg das Grauen in einer von Menschen gemachten Hölle gipfelte. Der Ort, über den Theodor W. Adorno schrieb: „Nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben ist barbarisch.“ Heute werde ich das erste Mal dort sein.

Was hält Europa zusammen? Der frühere Bundespräsident Horst Köhler hat einmal eine simple Antwort auf diese Frage gegeben: „Frieden“. Wer die EU jemals als etwas Selbstverständliches abgetan hat, wer sich über Vorschriften für den Krümmungsgrad der Gurken, Glühbirnen-Verbote oder Rettungsprogramme für Pleiteländer aufgeregt hat, der fühlt hier in Auschwitz etwas anderes: Europa mag manchmal nerven, doch hier rechtfertigt sich die Gemeinschaft alleine dadurch, dass sie die Menschen vom Krieg erlöst hat. 1939 marschierte Deutschland in Polen ein. In Auschwitz-Birkenau wurden während des Zweiten Weltkrieges mindestens 1,1 Millionen Menschen von den Nazis ermordet, die meisten waren Juden.

Mit mir sind an diesem Tag Reisegruppen aus vielen Ländern vor Ort. Nach dem Ausstieg packen sie Kameras aus, machen Selfies, lachen. Jenseits des Parkplatzes sind backsteinerne Gebäude und Stacheldraht zu sehen. Ehe ich das ehemalige Lager betrete, geht es für mich durch lange Gänge und viele Türen zu Peter Röbl. Der 25-Jährige ist Österreicher, er absolviert

seinen Wehrersatzdienst in Auschwitz. Röbl arbeitet seit sieben Monaten im Zentrum der Gedenkstätte. Vor ihm liegen dutzende cremefarbene Schachteln, darin Zahnbürsten. Griffe aus gelbem und rotem Plastik, die Köpfe braun. Manche porös, andere haben die Zeiten gut überdauert. Alle gehörten einst Insassen des Konzentrationslagers. „Ich digitalisiere die Zahnbürsten, die hier liegen“, erklärt Röbl. Der junge Mann kam über den österreichischen Verein „Gedienkdienst“ an die Stelle in Auschwitz, seit sieben Monaten ist er im Konservierungslabor tätig. Röbl war bereits vor vier Jahren als Besucher in Auschwitz. „Da wurde mir klar, dieser Ort hat eine Bedeutung über den Holocaust hinaus.“

Und, kein Kitsch, der 25-Jährige las vor seiner Bewerbung „Die Hauptstadt“ von Robert Menasse. „Menasse beschreibt darin, wie ein emeritierter Professor fordert, Auschwitz solle die Hauptstadt Europas sein“, erklärt der Österreicher, „weil hier der Wille zu einem modernen geeinten Europa entstanden sei.“ Das habe ihn endgültig überzeugt. Freiwillige gibt es auch an anderen Stellen der Gedenkstätte, etwa im Archiv oder der Bibliothek. Junge Menschen aus der ganzen Welt arbeiten an diesem Ort für einige Monate oder ein Jahr. Sie helfen, die Erinnerung an das Grauen von Auschwitz für die Nachwelt zu erhalten. Insgesamt sind mehr als 200 Personen hier tätig. Ausgerechnet in Auschwitz, dem barbarischsten Platz auf Erden, lebt Europa auf seine ganz eigene Art. Menschen aus der ganzen EU arbeiten friedlich miteinander.

„Anfangs war es eigenartig, mit intimen Gegenständen von Menschen umzugehen, die ermordet wurden“, sagt Röbl und hält mit behandschuhten Fingern vorsichtig eine Zahnbürste hoch. Das habe sich rasch gelegt, wobei auch die Atmosphäre im großen internationalen Team geholfen habe.

Manche der von Röbl konservierten Gegenstände sind in der Dauerausstellung der Gedenkstätte zu sehen. Ehe ich dort hingelange, muss ich am Eingang mit dem rot-weißen Schlagbaum vorbei, über mir in rostigen



Lettern „Arbeit macht frei“, mit umgedrehtem „b“. Um mich herum Besuchergruppen, Guides rufen, Jugendliche schreien, Sprachen aus der gesamten Welt sind zu hören. Heute, 74 Jahre nach der Befreiung, fotografieren tausende Menschen täglich diese berühmten drei Wörter. Der furchtbarste Friedhof Europas, ein Ausflugsziel. Krieg kennen die meisten nur aus dem Geschichtsbuch. Mich eingeschlossen. 70 Jahre Frieden in Europa – der Krieg auf dem Balkan bildete die tragische Ausnahme: Irgendwie war das immer selbstverständlich für mich. Hier spüre ich: Es könnte auch anders sein. Der Blick auf die Welt ändert sich unweigerlich. Hinein geht es in diese Todesfabrik, den Schotterweg säumen Gebäude aus Backstein, in der

Es heißt, nirgends fühle man sich deutscher als in Auschwitz. Es stimmt.

Ferne sind Stacheldraht und Wachturm zu sehen. Die Sonne scheint, es ist warm – im Inneren der Baracken ist es kühl. Im berühmten Block 11 sind Zellen im Keller. Hier starb Pater Maximilian Kolbe. Hier wurden die ersten Menschen mit Gas getötet. Hier befindet sich im Innenhof die „Schwarze Wand“ – ein Kugelfang, vor dem Tausende erschossen wurden.

In den Baracken treffe ich auf eine Gruppe jüdischer Jugendlicher – anfangs lachen sie, geben sich trotzig-cool. Je mehr Baracken ich zusammen mit ihnen besu-

Auch jüdische Reisegruppen besuchen Auschwitz. Menschen mussten in dem Konzentrationslager ihr Leben in Baracken fristen, auf den engen Brettern schliefen mehrere Personen. Heute ist Auschwitz eine Gedenkstätte – hier arbeitet Peter Röbl. Im Konservierungslabor kümmert er sich um Zahnbürsten früherer Gefangener.

che, desto stiller werden sie. Nun sitzen einige auf den Böden der Räume, vergraben das Gesicht in ihren verschränkten Armen. Ich bin erleichtert, in diesen Momenten nicht deutsch sprechen zu müssen.

Während ich hier bin, warnt in Deutschland Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vor dem „Gift des Nationalismus“. Er sagt: „Wir müssen die Erinnerung wachhalten an dieses blutige 20. Jahrhundert und zeigen, dass wir tatsächlich unsere Lehren gezogen haben!“. Bei der EU-Wahl am 26. Mai gehe es mehr denn je um die Bekräftigung dieser europäischen Idee. Der Kontinent dürfe nie wieder zu einem „Wettkampfplatz der nationalen Egoisten“ werden. „Sondern vereint sind wir stärker! Vereint schaffen wir mehr: mehr Freiheit, mehr Lebenschancen und mehr Wohlstand!“

Am Ende der Tour durch das Stammlager steht das Krematorium mit der Gaskammer – still gehe ich mit einer deutschsprachigen Gruppe hinein. Niedrige Decken, fensterlose, enge Räume, graugelbe Wände, kahl. Ein Krematorium, Öfen. Still gehen wir hinaus, viele haben Tränen in den Augen, manche Besucher rennen fast, um diesem Ort zu entkommen.

Ich habe eine halbe Stunde, ehe der Bus nach Krakau geht. Als ich noch einmal zum Eingang gehe, entdecke ich sieben schwarze Tafeln. Darauf zu lesen sind die Länder, die Geld zum Erhalt der Gedenkstätte gespendet haben – es sind viele und mitten unter ihnen ist Deutschland.

EUROPA VERNETZT MICH

2017 hat die EU Roaming-Gebühren abgeschafft.
Auf Reisen ist die Handynutzung zum Inlandstarif möglich.
Diesmal wähle ich.

EUROPAWAHL
26. MAI 2019

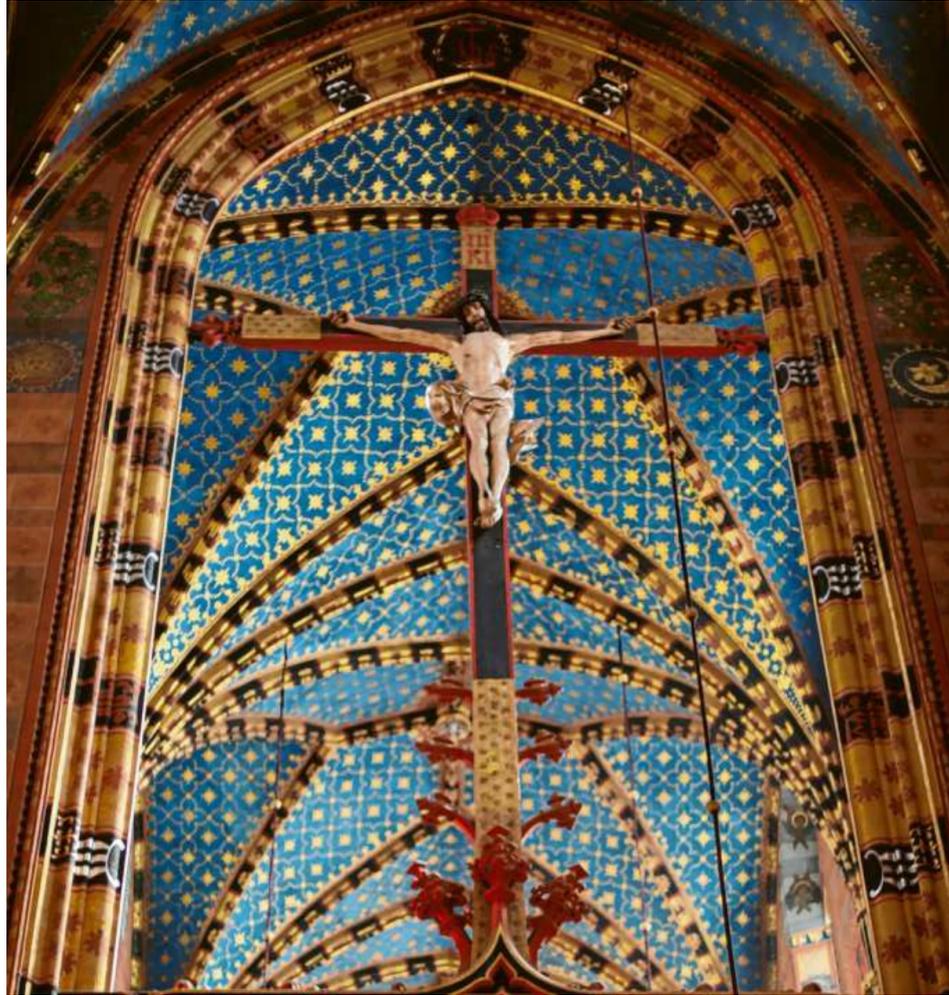


augsburg.de/europawahl

#ThisTimeImVoting

 Stadt Augsburg





Krakau, in der Basilika

Pünktlich um 11 Uhr schallen Trompetenstöße vom höchsten Turm der Marienbasilika. In 80 Metern Höhe hat der Turmbläser den perfekten Blick über den Rynek Główny, den Marktplatz, bis hin zu den Rändern der Altstadt. Von allen vier Seiten des Turms ertönt sein Signal, das Hejnal. Es endet abrupt, als Erinnerung an den Angriff der Mongolen auf die Stadt Krakau 1241. Heute trifft man keine Mongolen mehr an, dafür mehr und mehr Touristen. Kein Wunder: In die Stadt an der Weichsel kann man sich spontan verlieben. Mittlerweile lockt Krakau rund 13 Millionen Besucher jährlich an, ein Zuwachs um über 50 Prozent in weniger als zehn Jahren. Hier will ich erkunden, wie es sein kann, dass ausgerechnet in Polen die Rechtspopulisten so stark sind. Wuchs nicht gerade hier eine „Generation Europe“ heran? Genau 15 Jahre ist es her, dass die Polen der EU beitraten. Die Osterweiterung war ein historischer Schritt, der die Zweiteilung durch den Kalten Krieg überwand, die Mangelwirtschaft sowjetischer Prägung. Mit der Aufnahme von zehn Staaten aus dem Osten und Süden Europas wuchs die Gemeinschaft damals auf einen Schlag um etwa 75 Millionen Menschen.

In der Basilika blicken Besucher auf ungeheure Pracht. Ebenholz, Marmor, Gold und Edelsteine wohin man sieht, filigran gearbeitete Kruzifixe und eine Kirchendecke, gehüllt in Königsblau, mit goldenen Einsprengseln – sie erinnert an einen Nachthimmel. Die Hauptattraktion der Marienkirche ist aber etwas anderes: Im Mittelpunkt des Chorraums steht der Hochaltar des schwäbisch-fränkischen Bildhauers Veit Stof, gefertigt im späten 15. Jahrhundert. Er ist aus Eichen- und Lindenholz geschnitzt, vergoldet und mehr als zehn Meter hoch. Während des 2. Weltkriegs raubten ihn die Deutschen und schafften ihn auf die Nürnberger Burg. Aktuell ist der Altar aufgrund von Renovierungsarbeiten nahezu komplett verhüllt. Von der Andacht und dem Prunk der Kirche geht es

hinaus zu den Tuchhallen, die den Mittelpunkt des Marktplatzes bilden. Die Menschen, die Sonne, der Kaffee, das Gefühl und die Architektur dieses Ortes – fast muss man sich vergewissern, nicht in Siena oder Florenz zu sein. Am Abend gibt es eine weitere Seite Krakaus zu entdecken: Aus Kellern der Altstadt ertönen Jazz und Blues, dort traf sich schon der Widerstand gegen die Sowjetherrschaft. Geht man an den beleuchteten Bauten entlang in Richtung Süden, erreicht man nach zehn Minuten Kazimierz, das jüdische Viertel. Wo tagsüber Touristen die Synagogen, den jüdischen Friedhof oder Drehorte von „Schindlers Liste“ aufsuchen, lassen sich am Abend zahllose Studenten durch die Restaurants und Bars treiben. Es ist das neue Polen, das seine Energie aus der Tradition saugt. Nachdem das Viertel unter der kommunistischen Herrschaft verfiel, bemüht sich die Stadt seit den 90er Jahren um die Sanierung. Heute leben hier Studenten und Künstler, aber auch Drogenabhängige und Langzeitarbeitslose. Es gibt Boutique-Hotels, jüdische Restaurants, Wiener Cafés, Food-Trucks, Burgerläden, alte Trinkhallen und junge Modeläden.

Polens zweitgrößte Stadt bildet heute mit ihrem Mix aus Geschichte und Moderne eines der lebendigsten Ballungszentren Europas. Die Stadt, das Land und die Europäische Union investieren viel, damit das so bleibt.

» Die Europäische Union investierte in den vergangenen zehn Jahren rund 130 Millionen Euro in den Öff-

Mehr als 300 Jahre bildete Krakau ein Zentrum jüdischen Lebens in Europa. Die Skyline der katholischen Stadt prägen aber Kirchen – unter ihnen die prächtige Marienbasilika. Zwei Tage erklärte der Stadtführer Jacek Ptak die Geschichte und Architektur der Stadt. Da dürfen Besuche auf der italienisch anmutenden Piazza nicht fehlen, ebenso wenig wie das Krakauer Getränk schlechthin: Wodka.

fentlichen Nahverkehr der Altstadt Krakaus, das sind fast zwei Drittel der Gesamtausgaben in dieser Zeit.

» Drei Millionen Euro flossen in das Museum zur Krakauer Geschichte unter dem Marktplatz, fast die Hälfte der Gesamtkosten.

» Das Kongresszentrum unterstützte die EU mit fast 20 Millionen Euro, etwa einem Viertel der Gesamtausgaben.

» Den Erhalt eines Barockpalasts am Marktplatz finanzierte die EU mit rund zehn Millionen Euro, das sind drei Viertel der Gesamtausgaben.

» Der Unterhalt des Königsschlusses kostete seit 2007 etwa elf Millionen Euro, fast zwei Drittel steuerte die EU bei.

» Allein die Altstadt kostete über einen Zeitraum von zwölf Jahren rund 270 Millionen Euro an Unterhalt, wovon die EU knapp die Hälfte finanzierte. Insgesamt flossen in zwölf Jahren rund zwei Milliarden Euro an EU-Geldern nach Krakau.

Wie kann es nur sein, dass bei all diesen Summen, bei all diesen Vorteilen gerade in Polen die Europa-Skeptiker und Nationalkonservativen die Oberhand haben? Wie kann es nur sein, dass ausgerechnet die Polen zu den Sorgenkindern Europas wurden? Das Land ist so viel mehr als ein gutgenährtes Kind am üppigen Busen Brüssels. Es ist ein wirtschaftlicher Musterknabe. Der Boom ist mit Händen zu greifen – 5,1 Prozent wuchs die Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr, es herrscht nahezu Vollbeschäftigung. Die Menschen spüren das: Die Gehälter wachsen, die Autos werden größer, die Häuser schicker, die Kleidung ist westlich-modern, die Einkaufszentren boomen.

Zwei Tage durchwandere ich Krakau mit meinem Stadtführer Jacek Ptak. Dabei sprechen wir natürlich nicht nur über die polnische Stadt. Jacek erweist sich als Kenner deutscher und europäischer Geschichte, er selbst hat viele Teile Europas bereist. Wenn die Unterhaltung einmal auf das Verhältnis zwischen Polen und

der Europäischen Union kommt, mahnt Jacek, kein einseitiges Bild Polens zu zeichnen. Er erklärt mir, dass die meisten Polen kein Problem mit der Europäischen Union an sich hätten, schließlich wissen sie, wie viel sie ihr verdanken. Tatsächlich: In Polen gilt die Europawahl Ende Mai als Test für die Parlamentswahl im Herbst. Die seit 2015 regierende nationalkonservative Regierungspartei PiS muss um ihre Macht fürchten. Denn laut Umfragen ist ihr die „Europäische Koalition“ in der Wählergunst dicht auf den Fersen. Das heizt den Europawahlkampf an – Experten rechnen mit einer sehr viel höheren Wahlbeteiligung als bei der vergangenen Europawahl 2014, als nur knapp 24 Prozent der polnischen Wahlberechtigten teilnahmen. Aber Jacek mahnt auch, als auswärtiger Beobachter solle man bedenken, wie tragisch die polnische Geschichte verlaufen ist. Polen wurde nicht nur unter der nationalsozialistischen und kommunistischen Herrschaft unterdrückt. Es verlor auch im 18. Jahrhundert seine Eigenständigkeit, als Preußen, Russland und Österreich das Land unter sich aufteilten. Das sei bis heute im historischen Gedächtnis Polens fest verankert. Daher gebe es eine gewisse Skepsis gegenüber supranationalen Institutionen wie der EU. Sich von „denen da oben“ etwas sagen zu lassen, fällt den Menschen schwer. Erst recht, wenn die Regierungspartei bewusst die Vorbehalte gegen Brüssel schürt. Was sich Jaceks Meinung nach viele Polen wünschen: eine reformierte und transparentere EU.

Dänemark, hier arbeiten kluge Köpfe an Europas Zukunft

Vom Osten Europas geht es in Richtung Norden. Dänemark. EU-Mitglied seit 1973. Die EU, das ist nicht nur das Erinnern ans Gestern, sondern auch der Blick nach übermorgen. Wissen vernetzen, die besten Köpfe zusammenbringen, gemeinsam an Lösungen tüfteln – das soll ich hier erleben, hat man mir gesagt. Weit hinten auf einem 106 Hektar großen Campus in Lyngby befindet sich ein kleines Gebäude. Eine breite Glasfront prägt eine Seite, an einer anderen findet sich eine Garage, das Dach ist aus Wellblech. Die meisten Bauten auf dem Gelände der Technischen Universität Dänemark sind aus Beton und tragen gewichtige Bezeichnungen wie „Department of Photonics Engineering“ – das Häuschen mit der Garage hat keinen Titel. Hier befand sich bis vor etwas mehr als einem Jahr das Hauptquartier von „Autonomous Mobility“. Das Start-up arbeitet an der Zukunft städtischer Mobilität. Dazu kommt es vor allem auf den Inhalt der Garage an. Und auf Experten, die nun im ersten Stock eines Neubaus sitzen, hinter einer Glasfassade. Das Team: 28 Mitarbeiter, unter ihnen Programmierer, Ingenieure – und Pernille Amstrup Lytzen. Sie ist die Leiterin der Produktentwicklung. „Letztendlich



Wo Europa uns Verbrauchern hilft

Genug Piroggen und Bigos gegessen! Zum Morgenkaffee will ich ein Müsli. Aber bitte Bio! Obwohl... Kann man den Bio-Siegeln im Ausland überhaupt trauen? Zumindest dann, wenn das EU-Biosiegel drauf ist. Das grüne Logo mit zwölf weißen Sternen, die ein Blatt formen, soll dem Verbraucher zeigen: Hier steckt ein zertifiziertes Bioprodukt drin. Alle verpackten Bio-Lebensmittel aus der Europäischen Union müssen mit dem Logo gekennzeichnet sein. Das Label gibt es seit 2010.



Alejandro Rubio und Alexander Gamedinger arbeiten am Happiness Research Institute in Kopenhagen. Hier gibt es Prachtbauten, wie den Frederiksdom, und viel Platz für Fahrradfahrer. Während Alex, Caleb, Edward und Joakim an den Nørrebrohallen Basketball spielen, arbeitet Pernille Lytzen bei „Autonomous Mobility“ an der mobilen Zukunft. Und auf Friedhöfen relaxen Kopenhagener.



wollen wir ein wichtiger Teil zukünftiger Mobilitätskonzepte sein, beispielsweise als digitale Plattform für den Einsatz autonomer Fahrzeuge am Boden und in der Luft“, erklärt Lytzen. Das Team ist Teil einer europaweiten Initiative, dem „Avenue“-Projekt. Damit unterstützt und vernetzt die Europäische Union privatwirtschaftliche und staatliche Initiativen, die den modernen öffentlichen Nahverkehr mitgestalten wollen. Neben Kopenhagen gibt es derzeit Pilotprojekte in Genf, Luxemburg und Lyon. „Avenue“ erstreckt sich über vier Jahre, von 2018 bis 2022. Es geht um Verkehrslösungen, die auch Senioren, Behinderte und Kinder unterstützen. Koordinator des Gesamtprojekts ist Dimitri Konstantas. Der Grieche ist Informatikprofessor an der Universität von Genf. 70 Prozent der Kosten von „Avenue“ werden von der EU finanziert, 30 Prozent der Mittel stammen aus dem Privatsektor. Laut Konstantas kostet das Projekt derzeit insgesamt 20 Millionen Euro. Die Testobjekte stehen in der erwähnten Garage – zwei kleine weiße Busse ohne Fahrerkabine. Wenn alles glatt läuft, sind die beiden Fahrzeuge in drei Monaten im Realverkehr Kopenhagens im Einsatz. Vorerst werden die Busse mit einem Fahrer, dem „Operator“, betrieben: Menschen sollen sich an die Fahrzeuge gewöhnen, ehe diese sich allein durch den Verkehr bewegen. „Wie urbane Mobilität in zehn Jahren aussehen wird, kann niemand vorhersehen“, sagt Lytzen. „Wir wollen jedenfalls Teil davon sein.“

Kopenhagen, Glücksinstitut

Die Nørrebro-Hallen sind groß, bunt und laut. Hier treffen sich viele Kopenhagener, um zu skaten, zu sprayen oder Basketball zu spielen. Weil ich auch Bock auf eine Runde Streetball habe, quatsche ich Joakim an. Er spielt hier mit seinen Kumpels. Edward ist einer davon, er stammt aus China, studiert in London und ist hier für einen kleinen Urlaub. So richtig kenne er sich mit der EU nicht aus, er wisse auch nicht, welche Probleme Europa umtreiben. In China spiele das keine große Rolle, sagt er. Dabei hat die Gemeinschaft doch alles, was es zum Glück braucht. Oder etwa nicht? Ich mache mich auf die Spur des Glücks. Ein Altbau in einer Seitenstraße Kopenhagens, nicht weit vom Zentrum entfernt. Schwere Holzböden, Kronleuchter, eine Bar. Im Haus arbeiten Freiberufler und Firmen, eine davon ist das Happiness Research Institute. Eine Firma, die für private und staatliche Auftraggeber Forschung zum sozialen Wohlbefinden betreibt. Ich treffe mich hier mit dem Spanier Alejandro, 32 Jahre alt, und dem Deutschen Alexander, 22 Jahre alt. Beide arbeiten am Insti-

tut. Wir führen ein Gespräch über Glück und die jungen Wissenschaftler erklären mir, dass die Europäer unglücklicher werden. Flirten sie vielleicht deshalb mit den scheinbar so einfachen Lösungen, die die Rechtspopulisten allerorten feilbieten?

Alexander, was genau macht euer Institut?

Alexander: Wir forschen zu anderen Indikatoren für gesellschaftliche Entwicklung als dem Bruttoinlandsprodukt, welches normalerweise als Messlatte dient. Insbesondere zum subjektiven Wohlbefinden.

Alejandro: Wir forschen zur Zufriedenheit mit dem Leben, zum subjektiven und sozialen Wohlbefinden – das alles gehört zum Glück.

Gibt es diese spezielle dänische Form des Glücks – Hygge – wirklich?

Alejandro: Dänen haben schon dieses besondere Augenmerk auf Gemütlichkeit und Komfort, vor allem in den eigenen vier Wänden.

Alexander: Dänen nutzen das Wort aber auch sehr oft, zum Beispiel sprechen sie von „hyggelige“ Gesprä-

chen oder Kinoabenden. Der Begriff ist total mit der dänischen Sprache verbunden.

Die Dänen gelten als besonders glücklich.

Alejandro: Ja, in unseren Untersuchungen gehören sie immer zu den glücklichsten Ländern – aktuell sind nur die Finnen glücklicher.

Wo steht Deutschland in euren Untersuchungen zur Lebenszufriedenheit?

Alexander: Aktuell auf Platz 17.

Alejandro: Spanien ist beispielsweise auf Platz 36.

Woran liegt das?

Alejandro: Wir versuchen mit den Menschen in Kontakt zu kommen, die im täglichen Leben unsichtbar bleiben. Etwa Kranke und Arbeitslose. Einsamkeit, psychische Erkrankungen wie Depressionen und Arbeitslosigkeit sind bedeutende Faktoren, wenn es um das Glück Einzelner und der Gesellschaft geht. Menschen können sich an viele Situationen, auch tragische, anpassen. Psychischen Erkrankungen können sie meist wenig entgegensetzen.

Und wie ist es um das Glück oder Wohlbefinden in Europa bestellt?

Alexander: Sogar in den nordischen Ländern steigt die Anzahl derer, die sich selbst als unglücklich bezeichnen.

Alejandro: Es scheint, als seien gerade die jungen Menschen vermehrt von Stress und anderen psychischen Erkrankungen betroffen.

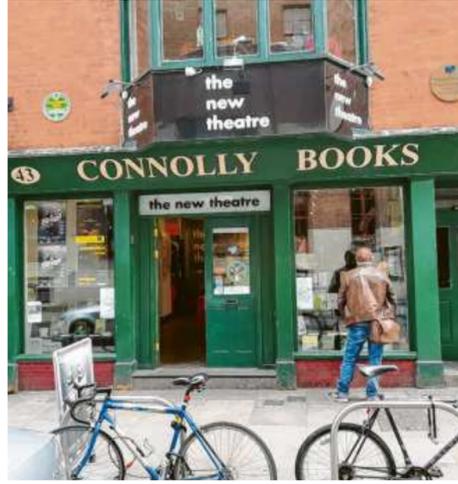
Sind die Ursachen dafür bekannt?

AM 26. MAI

WIRTSCHAFT
WÄHLT

EUROPA

#Gemeinsam Europa Gestalten



Alejandro: Nein – die müssen noch untersucht werden. Wir haben derzeit nur Thesen.

Alexander: Die Welt ändert sich so dramatisch durch den technologischen Wandel, das kann eine Ursache sein. Wie Alejandro bereits sagte, haben wir noch keine Erkenntnisse.

Was können Menschen tun, um glücklich zu sein?

Alexander: Vieles hängt von externen Faktoren, vor allem den Regierungen, ab. Sie müssen für ein ausreichendes Einkommen und andere Faktoren, etwa Bildung, sorgen. Was jeder tun kann, ist beispielsweise Stress vermeiden.

Alejandro: Das Einkommen eines Menschen ist wesentlich für sein Wohlbefinden – allerdings nur bis zu einem bestimmten Punkt. Danach werden soziale Faktoren wie Familie und Freunde wichtiger.

Alexander: Soziale Faktoren sind die wichtigsten, sobald der Lebensunterhalt gesichert ist. Das zeigen viele Untersuchungen.

Ein Hoch auf den Euro

Endlich kein Umrechnen im Kopf mehr, kein Geldwechsel und keine übrig gebliebene Fremdwährung im Münzfach. In Irland zahle ich nun wieder mit Euro, im Gegensatz zu Krakau und Kopenhagen. So passieren mir auch nicht solche Fehler wie am Flughafen in Oslo – hungrig wie ich war, kaufte ich mir ein Baguette. Ohne vorher umzurechnen. 125 Kronen, na das wird schon nicht so schlimm sein, denke ich mir. Und sehe Tage später auf meiner Banking-App: Fast 13 Euro hat mich das Sandwich gekostet. Das teuerste meines Lebens. Zu Hause leere ich meinen Geldbeutel, die übrigen Öre und Zloty finden ihren Platz im Schrankfach für Fremdwährungen. Aus Europa sind das dank der EU nicht mehr allzu viele. Übrigens, für alle, die noch immer in D-Mark umrechnen: „Deutschland hat von der Euro-Einführung bei Weitem am meisten profitiert“, heißt es in einer Studie des Centrums für europäische Politik. Der erweiterte Binnenmarkt kommt uns als Exportnation zugute. Knapp 40 Prozent der deutschen Ausfuhren gehen in den Euroraum. Kosten für Währungsumtausch und Absicherung gegen Schwankungen von Wechselkursen fallen weg.

Irland, eine Buchhandlung

Mit dem Glück ist das also so eine Sache in Europa. Wer weiß das besser als die Iren? In der Altstadt von Dublin reihen sich die Pubs am glattgetretenen Kopfsteinpflaster aneinander. Irland macht nicht eben häufig Schlagzeilen. Vor ein paar Jahren war es die Schuldenkrise, der Absturz des Landes ins scheinbar Bodenlose. Doch anders als Griechenland fing sich Irland wieder, wurde zum Eurokrisen-Musterschüler. Mit europäischer Hilfe. Brüssel schickte die Iren auf eine „Via Dolorosa“, auf eine Straße des Leidens. Die Sparpolitik war hart – aber wirkungsvoll. Manche sprechen gar von einer Erlösung: Die Wirtschaft wuchs im Jahr 2018 um fast sieben Prozent, die Arbeitslosenquote liegt aktuell bei 5,4 Prozent. Heute immigrieren mehr Iren nach Irland, als das Land verlassen. Doch Kritiker monieren: Statistiken sind das Eine, die Lage der Menschen das Andere. Zwar leuchten Wachstumszahlen, doch viele Iren fühlen sich ganz persönlich auf der Schattenseite: Sozialleistungen wurden eingeschränkt, das Renteneintrittsalter erhöht, der Kündigungsschutz gelockert. Und kommt es zum Brexit, wird das auch die Iren hart treffen. Millionen an Nothilfen könnten notwendig werden.

Was viele nicht wissen: Irland ist einer der teuersten Immobilienmärkte der Welt. Einige der Häuser verfügen bis heute über keine Heizung und stehen dennoch nicht leer. Laura Duggan hat im vergangenen Jahr in einem solchen Haus gelebt während der großen Kälte im Februar. Ihre Stimme stockt, während sie davon er-

zählt. „Die ganze Stadt stand still, so kalt war es.“ Laura blieb nichts anderes übrig, als es dort auszuhalten – mehr als diese Wohnung war nicht drin. Und die Mieten sind seitdem weiter gestiegen, im Gegensatz zu Lauras Einkommen. Heute wohnt sie in einer WG mit vier anderen Frauen. Ihr Zimmer kostet sie fast 1000 Euro im Monat, zumindest hat es eine Heizung. Paradox: Ausgerechnet die Rettung aus der Schuldenkrise ist dafür verantwortlich. Irland zog mit Steuersenkungen ausländische Tech-Firmen ins Land, die wiederum hochbezahlte Mitarbeiter aus aller Welt anlockten. Laut der britischen Zeitung *The Guardian* gibt es in Dublin mehr als 3000 AirBnB-Apartments, aber nur wenig mehr als 1000 Mietwohnungen. Es ist so etwas wie ein irisches Paradoxon: Es ist der wirtschaftliche Erfolg, der so manchem Iren das Leben schwer macht. Aufgrund der gut bezahlten Angestellten der vielen Tech-Firmen hier, nicht alle davon sind Iren, beläuft sich die Durchschnittsmiete in Dublin auf 1900 Euro. Ein Klick auf „draft.ie“, Dublins größtes Immobilienportal, bestätigt die Wohnungsmisere. Ich gebe als Obergrenze 1000 Euro ein und erhalte fünf Wohnungen. Schmale Zimmer, nicht alle mit eigener Küche oder Badezimmer.

Laura und ich sitzen in einem Buchladen in der Altstadt. Dunkelgrüne Fassade, „Connolly“ steht dort in goldenen Lettern. Das Geschäft ist nach einem linken Vordenker, Gewerkschafter und Revolutionär Irlands benannt, James Connolly. Laura arbeitet ehrenamtlich

hier. Wir sitzen im ersten Stock, hier sind Arbeitsräume und noch mehr Bücher, lose aufeinandergeworfen oder zu Büchertürmen gestapelt. „Nach meinem Abschluss begann ich Vollzeit in einem Fast-Food-Restaurant zu arbeiten“, erzählt sie. „Ich wollte nicht in Vollzeit studieren und das Gehalt reichte für Ersparnisse und Urlaub. Mir ging es gut.“ Nebenher belegte sie einige wenige Universitäts-Kurse. Schließlich wechselte sie in einen Bürojob. Dann traf die Finanzkrise Irland – stärker als viele andere EU-Staaten, der Immobilien- und Bausektor brach zusammen. „Besonders die weniger Wohlhabenden haben gelitten“, sagt Laura. Überall im Land wurden die Löhne gekürzt, Laura hatte wenig Ersparnisse, keine Ausbildung und bald keine Vollzeitstelle mehr. Während die 30-Jährige erzählt, fährt sie sich immer wieder durch die kurzen, lockigen Haare, rückt ihre Brille zurecht. Sie lächelt schief, wenn sie sich an die vergangenen Jahre erinnert. „Manchmal war ich kurz davon aufzugeben und zu meinen Eltern nach Galway zurückzukehren – es gab Zeiten, da wartete ich so lange mit dem Essen, bis ich nachts vor Hunger aufwachte. Erst dann erlaubte ich mir zu essen.“ Es ist mittlerweile später Nachmittag, unser Gespräch dreht sich nicht nur um ihre Lebenssituation. Laura schildert die Lebensumstände ihrer Cousins, die während der Krise auswanderten und nun nach und nach zurückkehren, erzählt von einer Freundin, die im Softwarebereich keine unbefristete Stelle findet, und von Menschen, die aufgegeben haben. „Ich und viele andere ahnen, dass wir nicht das sichere Leben unserer Eltern haben werden.“ Zwar sei die Situation heute besser als vor drei Jahren, aber noch lange nicht gut. Die 30-Jährige belegt inzwischen wieder Kurse an der Uni, wahrscheinlich wird sie im kommenden Jahr Schulden aufnehmen müssen. Wo sie dann wohnen wird, weiß sie nicht. Ihr Mietvertrag endet im August, eine Mieterhöhung können sich Laura und ihre Mitbewohnerinnen nicht leisten. Aber im August seien die Nächte ja zumindest warm.

Jim Larkin war Mitgründer der Irish Labour Party 1912 und ist heute ein Nationalheld. Connolly Books ist nach dem irischen Sozialisten und Revolutionär James Connolly benannt – hier arbeitet Laura Duggan ehrenamtlich. Dublin bietet angeblich mehr als 800 Pubs. Die Demonstranten der Donnerstagsdemo stehen auf dem Ballhausplatz in Wien. Links davon ist das Bundeskanzleramt.

Nächste Station: Wien. Wo die Rechtspopulisten schon mitregieren.

Nächste Station ist Österreich. Mich treibt eine Frage um, die nicht einfach zu beantworten ist: Wie ist das, wenn auf einmal Populisten Verantwortung tragen müssen? Wer bei der Europawahl einen Rechtsrutsch befürchtet, sollte wissen, dass schon heute Rechtspopulisten und Nationalisten die politische Debatte in vielen EU-Staaten bestimmen, als Opposition im Parlament oder als Teil der Regierung, von Ungarn über Österreich bis Italien. Es sind jene, die mit populistischem Furor die Wut auf Brüssel schüren und den Klimawandel leugnen, die Angst vor Migration zum Konzept erhoben haben und den Euro am liebsten abschaffen würden – und die freie Presse gleich mit.

Ich habe mich also beim Bundeskanzler in Wien eingeladen. Gewissermaßen. Ich spreche nicht mit Sebastian Kurz. Geschweige denn schüttelte ich überhaupt seine Hand. Und doch gehöre ich zu jenen Gästen auf dem Ballhausplatz, zwischen der Hofburg, dem Bundeskanzleramt und dem Innenministerium, die hoffen, einen Blick auf ihn zu erhaschen. Der Reaktion wegen. Vielleicht wie Sebastian Kurz durchs Fenster die Aufschrift der Schilder liest: „Kurz mal abdanken“ oder „Kurz-Schluss“. Vielleicht wie er vor die Holztre schreitet und den tausenden Menschen, die ihn nicht mögen, in die Augen blickt.

Sicherheitshalber winke ich, wie viele andere auch. Einige schicken dem Gruß Gebrüll hinterher. Das halte ich für übertrieben. Denn ein bisschen Anstand sollte sein. Auch einem Kanzler gegenüber, der dank der FPÖ im Amt ist. Für alle, die es nicht wissen: Die FPÖ ist Teil des neuen europäischen Bündnisses der Rechtspopulisten. Initiator ist Italiens Vizepremier Matteo Salvini, auch die AfD gehört dazu. Jeder zehnte wahlberechtigte Europäer ist nach eigenen Angaben fest entschlossen, bei der Europawahl für rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien zu stimmen. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung. Danach liegt der Anteil dieser Wähler bei 10,3 Prozent. In den meisten Mitgliedstaaten sind rechte, rechtsextreme und nationalistische Parteien und Gruppierungen in den vergangenen Jahren stärker geworden, in einigen Ländern wie Österreich oder Italien sitzen sie mit am Kabinetttisch.

Mit rassistischen Skandalen machen Österreichs Rechtspopulisten derzeit von sich Schlagzeilen: In einem Gedicht werden Migranten mit Ratten verglichen, einem unliebsamen TV-Moderator wird die Kündigung nahegelegt – der Aufstieg der Populisten ist so häufig von Angriffen auf die Presse begleitet. Siehe Orban. Siehe Trump. Siehe Österreich. Im ersten Jahr der rechtskonservativen Regierung von ÖVP und FPÖ





ist die Alpenrepublik in der Rangliste der Pressefreiheit von Rang 11 auf 16 abgerutscht. Eine Belastungsprobe für Sebastian Kurz. Ein Gesprächspartner soll ihm gegenüber einmal formuliert haben: „Sie sitzen in ihrem schönen und gut eingerichteten Kreisky-Zimmer im Kanzleramt, und einmal pro Woche kommt einer rein und übergibt sich auf den Teppich.“ Und jetzt auch noch diese Demonstranten. Seit einem halben Jahr marschieren sie an jedem Donnerstag. Das sagt mir Michaela Moser vom Organisationsteam der Donnerstagsdemonstrationen in Wien.

Am Treffpunkt, der Freyung, einer der größten Plätze in der Wiener Altstadt, parkt eine Stunde vor dem Start ein silberner Kleinlastwagen. Auf der Plane steht „Es ist wieder Donnerstag!“. Auf der Ladefläche ist ein Mischpult verankert. Am Metallgestänge der Abdeckung hängen Discolichter. Und vom Dach dröhnt Musik aus den Boxen. Manch einem Besucher des CaffèCouture ist das an diesem lauen Abend doch etwas unangenehm. Deshalb schnipsen viele nach dem Kellner. Ich suche meinen Platz nicht unter den Demonstranten, sondern möglichst dicht am silbernen Fahrzeug. Dort wo Can Gülcü, ein Mitorganisator, mit dem Mikro in der Hand hin und her läuft.

Seit einem halben Jahr organisieren Can Gülcü, Michaela Moser und 20 Helfer die Donnerstagsdemos in Wien. Der zivile Ungehorsam ist stark. Neu ist die Idee nicht. Daher heißt das Motto „Es ist wieder Donnerstag“. Im Jahr 2000 haben Menschen wöchentlich gegen die erste Auflage der ÖVP/FPÖ-Regierung protestiert. Dieser Tage richten sich die Märsche durch Wien gegen die zweite Auflage der Koalition, die seit dem Jahr 2017 die Macht in Österreich innehat. Wenn Populisten Verantwortung tragen, ist es wichtig, dass es eine kritische und progressive Menschengruppe gibt, die ihre Rechte einfordert, sagt mir Michaela Moser. Deshalb geht sie auf die Straße. Wien biete aus ihrer Sicht eine gute Basis für den Widerstand. Wien, als Stadt und Bundesland, werde seit fast 70 Jahren von rot regiert. Da der Einfluss auf die Landespolitik groß ist, bilde sie gegenwärtig ein Gegengewicht zum Kabinett Kurz. Dass bei den Nationalratswahlen im Jahr 2017 sowohl die ÖVP als auch die FPÖ jeweils mehr als 20 Prozent der Stimmen in Wien erhielten, sagt sie nicht. Die Sozialdemokraten wurden von rund 35 Prozent gewählt.

Den Widerstreit in der Politik erlebt Faika El-Nagashi täglich. Die 42-Jährige ist als Mitglied der Partei „Die Grünen“ Abgeordnete des Wiener Landtags und Mitglied des Wiener Gemeinderats. Wenige Tage vor dieser Donnerstagsdemonstration sprach sie bei einer Veranstaltung der Universität vor Studenten. Sie sieht Wien als ein Gegenmodell zur Regierung, das sich über Jahre hinweg etabliert habe. Die Stadt sei politisch um-

kämpft. Doch beobachte sie, dass die Bundesregierung Wien immer stärker in Bedrängnis bringe, vor allem finanziell. Als Beispiel führte El-Nagashi die Kürzungen für den Kindertagesausbau an. 30 Millionen Euro würden der Stadt fehlen. Ganz oben bei den Regierenden sei es angekommen, dass die Hauptstadt alles versuche, um sich gegen sie zu stemmen. Bei denen blieben auch die Donnerstagsdemos nicht unbemerkt. Die ÖVP und die FPÖ sollen bereits darüber nachgedacht haben, die Demonstrationen auf bestimmte Straßen zu beschränken. Das sagt mir Michaela Moser.

Und dann kommen wir am Ballhausplatz an. Es ist wie

bei einem Marathon, wenn man die Ziellinie überquert. Müde vom langen Lauf setzen sich viele auf das liegende X gegenüber dem Bundeskanzleramt, das Denkmal für die Verfolgten der NS-Militärjustiz. Auf dem Kleinlastwagen wechseln die Sprecher. Jeder kämpft für irgendetwas, für den Klimaschutz, für ein freies Netz, für mehr Toleranz, gegen die Regierung. Was hat sich in dem halben Jahr geändert, frage ich Michaela Moser. Nichts, sagt sie. Und doch wird sie mit wenigen tausend Menschen auch am Donnerstag drauf und dem nächsten und dem danach wieder auf die Straße gehen.

Ein ganz normaler Donnerstag in Wien: Ein silberner Kleinlastwagen fährt vor Demonstranten durch die Stadt. Can Gülcü turmt auf dem Fahrzeug herum, die „Omas gegen Rechts“ halten Schilder in die Höhe und Michaela Moser fordert als Mitorganisatorin der Donnerstagsdemos ihre Rechte ein. Alle protestieren gegen die ÖVP/FPÖ-Regierung.

Wie an jedem Donnerstag marschieren auch heute die Demonstranten durch Wien



RENAULT
Passion for life

FRÜHLINGSERWACHEN

unsere besten, „echt weppigen“ Angebote



Renault Clio Limited 75
monatlich nur **99,- €** brutto inkl. MwSt.*

Renault Clio Limited 75: Gesamtverbrauch (l/100 km): innerorts: 7,2; außerorts: 4,7; kombiniert: 5,6; CO₂-Emissionen kombiniert: 127 g/km; Energieeffizienzklasse: D (Werte nach Messverfahren VO [EG] 715/2007). Fahrzeug bereits für Sie zugelassen. Sofort verfügbar
Abb. zeigt Renault Clio Intens mit Sonderausstattung.

				
Renault Twingo Life SCE 70	Renault Captur Life TCe 90	Renault Megane Life TCe 115 GPF	Renault Talisman Grandtour Life TCe 160 EDC GPF 5 Jahre Garantie***	Renault Kadjar Business ENERGY TCe 140 GPF 5 Jahre Garantie**
monatlich nur 59,- €* brutto inkl. MwSt.	monatlich nur 109,- €* brutto inkl. MwSt.	monatlich nur 149,- €* brutto inkl. MwSt.	monatlich nur 279,- €* brutto inkl. MwSt.	monatlich nur 159,- €* brutto inkl. MwSt.
<small>Renault Twingo SCE 70 : Gesamtverbrauch (l/100 km): innerorts: 6,8; außerorts: 4,7; kombiniert: 5,5; CO₂-Emissionen kombiniert: 125 g/km; Energieeffizienzklasse: E. Werte nach Messverfahren VO [EG] 715/2007).</small>	<small>Renault Captur TCe 90: Gesamtverbrauch (l/100 km): innerorts: 6,5; außerorts: 4,8; kombiniert: 5,4; CO₂-Emissionen kombiniert: 124 g/km; Energieeffizienzklasse: C. Werte nach Messverfahren VO [EG] 715/2007).</small>	<small>Renault Megane Life TCe 115: Gesamtverbrauch (l/100 km): innerorts: 7,0; außerorts: 4,5; kombiniert: 5,4; CO₂-Emissionen kombiniert: 124 g/km; Energieeffizienzklasse: B. Werte nach Messverfahren VO [EG] 715/2007).</small>	<small>Renault Talisman Grandtour TCe 160 EDC GPF: Gesamtverbrauch (l/100 km): innerorts: 7,5; außerorts: 5,0; kombiniert: 5,9; CO₂-Emissionen kombiniert: 135 g/km; Energieeffizienzklasse: B. Werte nach Messverfahren VO [EG] 715/2007).</small>	<small>Renault Kadjar Business ENERGY TCe 140 GPF: Gesamtverbrauch (l/100 km): innerorts: 7,4; außerorts: 5,0; kombiniert: 5,9; CO₂-Emissionen kombiniert: 134 g/km; Energieeffizienzklasse: C. Werte nach Messverfahren VO [EG] 715/2007).</small>

AUTOHAUS von der WEPPEN

3 x in Stuttgart, 1 x in Heilbronn, 1 x in Augsburg, 1 x in Friesenheim bei Offenburg

*Gewerbl. Leasingangebot der Renault Leasing, Geschäftsbereich der RCI Banque S.A. NL Deutschland, Jagenbergstr. 1, 41468 Neuss, 48 Mon., 40.000 km, zzgl. Leasing-Sonderzahlung 999,- € brutto inkl. MwSt., zzgl. Frachtkosten 790,- € brutto inkl. MwSt. gem. Bed. **2 Jahre Renault Neuwagengarantie und 3 Jahre Renault Plus Garantie (Anschlussgarantie nach der Neuwagengarantie) für 60 Monate bzw. 100.000 km ab Erstzulassung gem. Bed. ***3 Jahre Renault Neuwagengarantie und 2 Jahre Renault Plus Garantie (Anschlussgarantie nach der Neuwagengarantie) für 60 Monate bzw. 100.000 km ab Erstzulassung gem. Bed. Abb. zeigt Renault Twingo Intens, Renault Captur Intens, Renault Megane, Renault Talisman Grandtour Intens und Renault Kadjar BOSE Edition, jeweils mit Sonderausstattungen. ****Keine Beratung, kein Verkauf während der gesetzlichen Ladenschlusszeiten.

Autohaus von der Weppen GmbH
Bürgermeister-Wegele-Straße 20 - 22
86167 Augsburg, Tel.: 08 21/74764 30
Mo - Fr 7:30 - 18:30, Sa 9:00 - 13:00 Uhr
www.von-der-weppen.de





Budapest, Markthalle

Touristen sind selten in der Lehel-Markthalle in Budapest. Die kaufen ihre Souvenirs in der Großen Markthalle an der Elisabethbrücke, nicht hier hinter dem Westbahnhof. Hier drängeln sich die Bewohner der Stadt vor den Theken und erledigen ihren Wochenendeinkauf. Hier wickeln Metzger Salamis und Schweinefüße für ihre Kunden in Papier. Hier greifen Bäcker mit der bloßen Hand an den Rand eines Lángos und ziehen ihn aus dem Friteusenfett. Hier trinkt Jozsef Schlagmüller samstags um 10 Uhr sein erstes Bier. Er sitzt auf einem Rattanstuhl in der oberen Etage der Markthalle, dort, wo es gemütlicher ist. Seine Füße baumeln in der Luft. Seine Pranken umfassen die Armlehnen. Am linken Zeigefinger des 86-Jährigen fehlt die Kuppe.

Für Schlagmüller macht es keinen Unterschied, ob er wieder unter dem kommunistischen Nachkriegs-Diktator Mátyás Rákosi leben müsste oder in der Sowjet-

Die Jugend zeigt, wie hohl die Phrasen der EU-Kritiker sind

union oder in der Europäischen Union. Früher hätten wenigstens die Soldaten an den Grenzkontrollen gelacht, wenn sie ihn nach dem Ausweis fragten, und er antwortete: „Wollen Sie mich kennenlernen? Dann gebe ich Ihnen noch meine Telefonnummer.“ Heute sei das nicht mehr so. An der Grenze zu Österreich kontrolliert keiner mehr. Ein Grenzzaun schottet Ungarn von Kroatien und Serbien ab, auf dem Weg nach Rumänien ändert. Schlagmüller reist ohnehin nicht. Außer von seiner Sozialwohnung mit einer der gelben Straßenbahnen zum Marktplatz Lehel. 15 Minuten. Der frühere Elektriker muss bescheiden leben. Das sei ungerecht. „Mit meinen eigenen Händen habe ich Ungarn mit aufgebaut und ich bekomme weniger als die Schmarotzer, die heute in unser Land kommen. Ein Mátyás Rákosi hätte für Ordnung gesorgt“, sagt der Mann mit den deutschen Vorfahren, dessen Eltern unter der Diktatur Rákosis ermordet wurden. Er war damals 16 Jahre alt, brach die Schule ab und sorgte für seine Geschwister. Im Grunde hoffte Schlagmüller immer auf irgendetwas: Dass der Krieg endet, dass die Diktatur endet, dass seine Geschwister erwachsen werden, dass die Sowjetunion zerfällt, dass Ungarn in die Europäische Union eintritt, dass es Mittag wird und er im Seniorenclub Karten spielen kann. Das ist vorbei.

Draußen vor der Markthalle laufen junge Menschen

mit Klemmbrettern unter den Armen um Parteistände herum. Von rechts bis links, von Orange bis Grün – alle Parteien sind vertreten. Sie brauchen 20 000 Unterschriften, um für die Europawahl zugelassen zu werden. Auch das hätte es unter Rákosi nicht gegeben, ein Mehrparteiensystem. Schlagmüller unterschreibt an diesem Morgen auf einem Zettel der Wahlhelfer in den orangefarbenen Jacken – der Fidesz-Partei. Viktor Orbáns Partei. Nationalkonservativ, rechtspopulistisch. In Ungarn fährt der Premier bereits seit 2010 einen Kurs, der vielen in der EU Sorgen bereitet. Orbán wird vorgeworfen, als eine Art gewählter Alleinherrscher den Rechtsstaat und die Medienfreiheit zu demontieren. Die EU-Kommission und das Europaparlament haben mittlerweile gegen beide Länder eine Reihe von Strafverfahren auf den Weg gebracht. Schlagmüller ist Mitglied der Ungarischen Sozialistischen Partei. Die Europäische Union habe die Einwanderer gewollt. Deshalb werde er so lange gegen Brüssel wählen, wie er kann.

Könnte Jozsef Schlagmüller sein Leben noch einmal leben, dann wäre er gerne einer wie Richard Retezi. Weltoffen. Denn Ungarn ist eben nicht nur Orbán-Kult. Die Jugend zeigt, wie hohl die Phrasen der EU-Kritiker sind. Retezi, 29 Jahre, hat in Dänemark und Spanien studiert, er hat zwei Abschlüsse und arbeitet bei Microsoft. Möglichkeiten, die Schlagmüller verwehrt blieben. Und doch setzte Retezi bei den Parlamentswahlen im Jahr 2010 sein Kreuz bei der Fidesz-Partei. „Da war sie noch nicht so weit nach rechts abgedriftet“, sagt Retezi fast entschuldigend. Heute sind

Die Freiheitsbrücke, früher Elisabethbrücke, in Budapest mit ihrem grünen Metallgeländer verbindet die beiden Stadtteile Buda und Pest. Auf der Pester Seite schließt die Große Markthalle an. Fährt man mit der Straßenbahn weiter in Richtung Norden, dann trifft man auf Soldaten vor dem ungarischen Parlament. Richard Retezi kämpft gegen Viktor Orbán und ist Listenkandidat für die Partei Momentum.

die Farben des jungen Mannes nicht orange, sondern violett. Er ist Listenkandidat für die Europawahl der 2017 gegründeten pro-europäischen Partei Momentum. Allerdings sei das nur symbolisch, mit dem 14. Platz habe er kaum Chancen, ins Parlament der Europäischen Union einzuziehen. Dieser Tage zieht er lieber abends durch die Straßen im Zentrum Budapests und spricht mit Partygängern. Der Alkoholpegel ist nicht entscheidend, nur die Unterschrift. Die Partei Momentum sammelte in der ersten Nacht nach dem Startschuss am 6. April 12 000 Unterschriften. Wie in vielen neuen Mitgliedstaaten hat die EU als solche bei den Bürgern hohe Zustimmungswerte: In Ungarn etwa liegen sie um die 75 Prozent.

Für Retezi ist Jozsef Schlagmüller uninteressant und gefährlich gleichermaßen. Denn der alte Mann sei ein Paradebeispiel für die Zielgruppe Viktor Orbáns. Der Ministerpräsident Ungarns erschaffe seit Jahren immer wieder ein neues Feindbild: die sozialistische Partei, die Migranten, dann Milliardär Soros, dann Brüssel. Manchmal alles gleichzeitig. „So denken die Menschen nicht an die Probleme im Land: Krankenhäuser, Bildung, Einkommen“, sagt Retezi. Außerdem verstehen laut dem jungen Politiker Menschen wie Schlagmüller die größeren Zusammenhänge nicht. Die Wirtschaft Ungarns sei weltoffen. Deshalb beeinflusse das Weltgeschehen das Land, etwa die Weltwirtschaftskrise ab 2007. „Den Leuten hier ging es damals eben schlecht, deshalb wählten sie, wie auch ich, 2010 gegen die Regierung.“ In den Jahren danach erholte sich die Welt von der Krise und der Lebensstandard in vielen Ländern stieg, auch in Ungarn. Das würden aber viele der Fidesz-Partei anrechnen, nicht der Weltwirtschaft. Und nun lenke Viktor Orbán das Land in Richtung Austritt.

Für Jozsef Schlagmüller macht das keinen Unterschied. In der EU oder nicht. Er ist zufrieden, wenn er samstags in der Markthalle sein erstes Bier trinkt und mittags im Seniorenclub Karten spielt.

Die EU schafft es, den Menschen in Rumänien Mut zu machen

Ich zeige dem Schaffner mein Reservierungsticket. Die Nummer 42. Er weist mich an, in den Zugwaggon zu steigen und nach meinem Abteil zu suchen. Auf dem Fenster neben dem Einstieg hängt ein kleines Kärtchen: Budapest–Bukarest. Als ich meinen Koffer auf der Ablage in meinem Abteil verstauen will, greift mich eine massige Hand an der Schulter. „Stopp!“, grunzt der Schaffner und zieht mir mein Ticket aus der Hosentasche. „Nicht hier!“ Er befiehlt mir, meinen Koffer mitzunehmen, packt meinen Arm und zerrt mich in ein Abteil am Ende des Waggons. Er zeigt auf das oberste Bett. Auf dem untersten sitzt ein junger Mann. Er studiert in Italien, ist in Karlsruhe aufgewachsen und fährt nach Rumänien, um seine Verwandten zu besuchen. Die nächsten 16 Stunden teile ich mir das Abteil, nicht viel größer als ein Gäste-WC, mit Julian. Ehrlich gesagt bin ich erleichtert, jemanden in der Nähe zu haben, der deutsch spricht.

Drei Stunden später bremst der Zug ab. „Wir dürften an der ungarischen Grenze sein“, sagt Julian. Rumänien gehört nicht zum Schengen-Raum, deshalb gibt es auf dem Weg nach Rumänien noch Grenzkontrollen. Wenige Minuten später steht ein kleiner Mann in Uniform vor unserem Abteil. Er erinnert mich an Louis de Funès, und irgendwie fühle ich mich auch wie im falschen Film. Europa, das hat doch keine Grenzen mehr. Oder? „Passport please!“ Wir geben ihm unsere Reisepässe und er scannt sie. Dann reicht er sie zurück und wünscht eine gute Fahrt. Der Zug ruckelt, setzt sich wieder in Bewegung und kaum nimmt er Fahrt auf, bremst er erneut ab. Gleiches Prozedere. Eine blonde Polizistin verlangt unsere Ausweise. Sie schreibt die Nummern in ein Notizbuch und gibt die Pässe wortlos zurück.

Seit dem EU-Beitritt 2007 ist Rumänien – ebenso wie das zeitgleich beigetretene Bulgarien – wegen der grassierenden Korruption ein Sorgenkind der EU. Seit zwei Jahren scheint die Regierung bestrebt zu sein, selbst kleine Erfolge wieder zunichtezumachen: durch aufgeweckte Strafgesetze und Angriffe auf das Justizpersonal. Treibende Kraft ist dabei der Vorsitzende der regierenden Sozialdemokraten (PSD), Liviu Dragnea. Er ist wegen Wahlmanipulationen verurteilt, darf nicht selbst Regierungschef werden, kontrolliert aber die Regierung. Er ist außerdem wegen mutmaßlicher Anstiftung zum Amtsmissbrauch und mutmaßlicher Veruntreuung von EU-Geldern im Visier der Justiz. Immer mehr der 22 Millionen Rumänen geben die Hoffnung auf ein besseres Leben in ihrer Heimat auf und verlassen das Land. Mindestens 3,5 Millionen von ihnen arbeiten nach Schätzungen der Gewerkschaften im Ausland. Die Wirtschaft beklagt den Fachkräftemangel.





Der Parlamentspalast in Bukarest wurde nach den Vorstellungen des früheren rumänischen Staatspräsidenten Nicolae Ceausescu erbaut. Er steht symbolisch für die Korruption in Rumänien. Dagegen kämpft der investigative Journalist Dan Tapalaga seit Jahren. Das hat ihm unter anderem den Job in einem großen Medienhaus gekostet. Heute sitzt er in einem kleinen Büro in der Altstadt.



Eine Redakteurin gab mir die Nummer. Sie sagte: „Ruf da an, er ist einer der bekanntesten Journalisten Rumäniens. Er kann dir vieles über die Politik erzählen.“ Also tippte ich die Nummer in mein Smartphone. Es meldete sich eine angenehme Stimme. „Dan Tapalaga hier. Wer spricht?“ Ich trug ihm mein Anliegen vor. „Kommen Sie am Freitagmorgen in mein Büro. Nehmen Sie den Aufzug in den sechsten Stock und dann die Treppe in den siebten.“ Danach piepste der Lautsprecher meines Mobiltelefons und das Display zeigte „Gesprächsdauer 58 Sekunden“ an. Solange braucht es also, um bei einem der bekanntesten Reporter des Landes einen Termin zu bekommen. Der Name Dan Tapalaga sagte mir persönlich bis zu diesem Zeitpunkt gar nichts. Im Internet fand ich einen eigenen Wikipedia-Eintrag des Mannes. 43 Jahre alt. Investigativer Journalist. Er soll mit seiner Berichterstattung dazu beigetragen haben, dass Liviu Dragnea in starke Bedrängnis geraten ist und sich wegen Korruption und Vetternwirtschaft vor Gericht verantworten muss. Am Freitagmorgen stehe ich vor einem riesigen Gebäude mitten in der Altstadt Bukarests. Von außen sieht es fast verlassen aus, aber gleichzeitig schick. Ich versuche eine Türe zu öffnen, als mich ein älterer Mann vor einem anderen Eingang des Gebäudes herwinkt. Ich frage nach Dan Tapalaga, und der Mann zeigt auf die Aufzüge am anderen Ende des Eingangsbereichs. Eine Treppe noch, an ein paar Türen vorbei

durch den schmalen Gang, in dem sich ein älterer Mann in Pyjama an mir vorbeizwängt, und ich stehe vor der Türe mit dem Aufkleber: G4Media. Ich klopfte. Niemand öffnet. Ich bin ein paar Minuten zu früh. Dann erscheint ein Mann mittleren Alters mit einer Tasche am Ende des Gangs. Er erkennt mich sofort, obwohl wir uns noch nie gesehen hatten.

Herr Tapalaga, würde es Rumänien besser gehen, wenn das Land der Europäischen Union im Jahr 2007 nicht beigetreten wäre?

Tapalaga: Nein, definitiv nicht.

Warum?

Tapalaga: Seit dem Eintritt vor zwölf Jahren gab es viele positive Entwicklungen im Land. Wir gehören nun zu einem Klub, der für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Zukunft steht. Das hat Auswirkungen. Ich meine, Rumänien ist nun eine Demokratie, die zwar noch nicht so gut funktioniert wie in manch anderen Staaten, aber Demokratie ist für jedes Land ein riesiger Fortschritt. Außerdem kann ich mir gut vorstellen, wie Rumänien aussehen würde, wenn es nicht zur Europäischen Union gehören würde.

Wie würde es denn aussehen?

Tapalaga: Schauen Sie nach Moldawien und in die Ukraine, dann haben Sie die Antwort.

Sie nannten Rechtsstaatlichkeit als eine Eigenschaft der Europäischen Union. Im Landesinnern Rumäniens sieht es anders aus. Einer der mächtigsten Männer, der Vorsitzen-

de der regierenden Sozialdemokratischen Partei PSD, ist ein Krimineller. Er wurde unter anderem wegen versuchten Wahlbetrugs verurteilt und der nächste Schuldspruch könnte noch vor den Europawahlen kommen.

Tapalaga: Liviu Dragnea, der „Big Boss“ von Rumänien. Bei der Volksabstimmung zur Amtsenthebung des Präsidenten während der Staatskrise 2012 soll er versucht haben, Stimmen zugunsten seiner Partei zu stehlen. Ein Gericht verurteilte ihn später zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe. Nun sitzt er wieder auf der Anklagebank, weil er viele öffentliche Ämter mit Mitgliedern seiner Partei besetzte. Die arbeiteten allerdings nie für diese Einrichtungen, sondern ausschließlich für die PSD, ließen sich dafür aber vom Staat bezahlen. Wird er in diesem Prozess schuldig gesprochen, dann würde er wahrscheinlich direkt im Gefängnis landen.

Staatsanwältin Laura Kövesi bekämpfte die Korruption im Land jahrelang. Im vergangenen Jahr wurde sie aus ihrem Amt entlassen. Geht es nach Brüssel, soll sie nun EU-Generalstaatsanwältin werden. Aber weshalb stellt sich ausgerechnet die rumänische Regierung dagegen?

Tapalaga: Laura Kövesi war maßgeblich an der Strafverfolgung von Liviu Dragnea beteiligt. Das ist auch der Grund, weshalb die derzeitige Regierung nicht will, dass sie dieses Amt bekommt.

Die rumänische Regierung könnte doch damit ein Zeichen setzen und der Europäischen Union zeigen, dass das Land noch ein Rechtsstaat ist. Wieso nutzt sie das nicht?

Tapalaga: Natürlich könnte sie das, aber ich glaube, dass die Regierung einerseits Rache an Laura Kövesi üben und andererseits ein Exempel an ihr statuieren will. Sollte Dragnea es schaffen, sie mundtot zu machen, dann würde das ein Signal an sämtliche andere Staatsanwälte in Rumänien senden.

Kommen wir auf die Menschen in Rumänien zu sprechen. Weshalb gehen die nicht auf die Straße und demonstrieren gegen die Korruption im Land beziehungsweise gegen die derzeitige Regierung?

Tapalaga: Sie demonstrieren. Und das sind die guten Nachrichten. Allerdings ist das schon zwei Jahre her. Damals wollte die Regierung das Strafgesetz ändern und viele verurteilte, korrupte Politiker begnadigen. Aber mehr als eine halbe Million Rumänen protestierten dagegen. Letztlich trat die damalige Regierung zurück und die Änderungen wurden nicht durchgesetzt. Das zeigt bis heute Wirkung bei der Politik. Aber die Menschen im Land sind derzeit einfach zu müde, um auf die Straße zu gehen.

Haben Sie Angst vor der Zukunft Rumäniens?

Tapalaga: Ich bin sehr zuversichtlich für mein Land. Wir sind nicht Ungarn. Orbán hat eine Ideologie, die er den Menschen einpflanzen will. Dragnea ist nicht vom gleichen Kaliber, er ist nur ein Trottel. Ein korrupter Trottel, der versucht, einer Gefängnisstrafe aus dem Weg zu gehen. Und das ist alles. Außerdem glaube ich, dass die Rumänen die Korruption satt haben. Das wird sich am 26. Mai im Ergebnis widerspiegeln.



Markus Ferber
Für Schwaben nach Europa

Meine Themen für Europa

- Vorfahrt für Handwerk und Mittelstand!
- Faire Unternehmensbesteuerung europaweit!
- Landwirtschaft: Familien- und Kleinbetriebe fördern!
- Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden!
- Starker Euro: Stabilitätsunion statt Schuldenunion!
- Digitalsteuer: Auch Internetkonzerne müssen Steuern zahlen!
- Briefkastenfirmen: Geldwäsche in Europa besser bekämpfen!
- Innere Sicherheit: Bessere Zusammenarbeit von Polizei und Europol!
- Außenpolitik: Europa muss mit einer Stimme sprechen!
- Bargeld erhalten und digitales Bezahlen sicher machen!

Nutzen Sie auch die Briefwahl.

Bayern im Herzen - Europas Zukunft fest im Blick!

CSU
Die Volkspartei für Europa



Bukarest, deutsche Schule

Dan Statescu sitzt an dem kleinen, runden Konferenztisch im Zimmer des Schulleiters seiner beiden Söhne Eric und Filip. Der Familienvater beobachtet seine Frau, die einen Blumenstrauß auf der Tischplatte anrichtet. „So sieht es hier drin schöner aus“, sagt sie auf Englisch. Dann öffnet sie die Balkontür und lässt frische Luft ins Büro. Unten an der Pforte vor dem Schulgelände fahren SUVs und Limousinen vor. Eltern steigen mit ihren Kindern aus und verschwinden in einem der Gebäude. Die vier Häuser ähneln sich. Weiß, dreistöckig, modern – sie gleichen großen Familienhäusern in einer kleinen deutschen Vorstadt, stehen aber mitten in Bukarest. Auf dem vordersten Gebäude zielt ein Banner in deutscher Sprache den Balkon. Darauf zu lesen ist „Kinderkrippe“, auf dem zweiten Haus steht „Kindergarten“, auf dem dritten „Grundschule“ und auf dem hintersten Gebäude „Gymnasium“.

Dan Statescu und seine Frau Iulia sind Rumänen. Er spricht viele Sprachen, auch deutsch. Sie spricht auch viele Sprachen. Deutsch versteht sie größtenteils, sagt sie. Sich in der Sprache unterhalten, das kann sie aber nicht. Für ihn stand schon immer fest, dass seine Kinder in einer deutschen Schule unterrichtet werden sollen. „Es verschafft mir viele Vorteile in meinem Berufsleben, dass ich selbst in einer deutschen Schule war“, sagt Dan Statescu. Heute hat er eine Führungsposition in einem US-amerikanischen Unternehmen inne, mit Standorten in der ganzen Welt, unter anderem in Deutschland und Rumänien. Er hat sich kurzfristig für diesen Termin freigenommen.

Iulia Statescu war es wichtig, ihren Kindern die beste Schulbildung zu ermöglichen, deshalb besuchen Eric und Filip keine staatliche Schule in Rumänien. Das deutsche Schulsystem ist für Iulia Statescu das Modernste für Kinder, um in Zukunft erfolgreich sein zu können. Sie will, dass ihre Kinder dadurch weltweit denken – nicht in Ländern, sondern für Europa. Das Abitur an der Deutschen Schule in Bukarest entspricht dem Standard in Baden-Württemberg und wird europaweit anerkannt. Das heißt auch: Mit diesem Schulabschluss steht den Kindern irgendwann zumindest die europäische Welt offen. Sie können von der Idee der EU profitieren, die Grenzen der Nationalstaaten für Arbeitnehmer zu überwinden und einen einzigen EU-Arbeitsmarkt zu schaffen. Bereits über eine halbe Million Arbeitnehmer stammt aus Bulgarien und Rumänien, dabei wurde der Arbeitsmarkt für sie erst vor fünf Jahren geöffnet.

In der Europäischen Union sind die sogenannten vier

Freiheiten des Binnenmarkts fest verankert. Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital können weitgehend uneingeschränkt verkehren. Auch bei den Arbeitsbedingungen für einheimische oder Gast-Arbeiter hat die EU ihre Finger im Spiel. So sorgt die gerade erst vor einigen Monaten aktualisierte Entsende-Richtlinie dafür, dass EU-Bürger immer den Lohn bekommen, den auch einheimische Arbeitskräfte erhalten, dass sie den gleichen Urlaubsanspruch haben, dass sie die gleichen Zusatzgratifikationen erhalten. Das ist nämlich keine Selbstverständlichkeit. Doch es soll verhindert werden, dass Billiglohnarbeiter das Niveau untergraben. Und auch wenn es eher traurig ist, das überhaupt ansprechen zu müssen: EU-Richtlinien haben Mindeststandards zur Gleichstellung von Mann und Frau geschaffen, Quoten für den beruflichen Aufstieg von Frauen wurden formuliert und der Schutz vor jeder Form von Diskriminierung oder gar Belästigung am Arbeitsplatz festgeschrieben.

Doch so sehr die Arbeitnehmerfreizügigkeit die gut Ausgebildeten freut – für Rumänien selbst hat das System durchaus auch Nachteile. Immer mehr der rund 22 Millionen Rumänen geben die Hoffnung auf ein besseres Leben in ihrer Heimat auf. Mindestens 3,5 Millionen von ihnen arbeiten nach Schätzungen der Gewerkschaften im Ausland. Die Wirtschaft beklagt den Fachkräftemangel. Zudem zerreißen die Arbeitsmigration Familien – mit dramatischen Folgen für Kinder. Etwa eine Viertelmillion rumänischer Kinder wächst derzeit nach Schätzungen ohne einen oder ohne beide Elternteile auf – weil viele Väter und Mütter, die im Ausland jobben, den Nachwuchs zu Hause lassen.



Die Abwanderung der meist jungen und gut ausgebildeten Rumänen könnte mit ein Grund dafür sein, dass die EU-Begeisterung im Land in Umfragen weniger zu Buche schlägt als früher: 2015 hatten noch 77 Prozent der Rumänen ein positives Bild von der EU, im Dezember 2018 waren es laut Eurobarometer nur noch 52 Prozent. Es ist, immerhin, gerade noch ein wenig mehr als der EU-Durchschnitt von 48 Prozent.

Dan Statescu und seine Frau sehen das anders. Warum die Chance nicht nutzen, die die Welt ihnen da gerade auf dem Silbertablett serviert? Und überhaupt, für die Kinder sei es ja auch das Beste. Freunde der Familie schickten ihre Kinder auf eine private Schule in Rumänien, erzählt Statescu. Und eines Tages saß er zusammen mit seiner Frau, Eric und dem Sohn der befreundeten Familie im Auto. Da sagte der Junge: Ich hasse die Schule. Denn ich bekomme ständig Hausaufgaben, und wenn ich fertig bin, dann bekomme ich noch mehr. Eric soll ihm gesagt haben, ich liebe die Schule. Zwischen 2014 und 2020 kann Rumänien rund 1,6 Milliarden Euro aus Europäischen Fonds abrufen, für die Bildung des Landes. Der Staat selbst hatte über Jahrzehnte kaum Mittel zur Verfügung gestellt. Andere Projekte, etwa der Erweiterung des Atomkraftwerks Cernavoda oder der Ausbau der Infrastruktur, werden im Staatshaushalt stärker berücksichtigt, ersteres soll bis 2030 fertiggestellt werden und bis zu fünf Milliarden Euro kosten. Wegen anderer Gewichtung sind Lehrer im Land seit Jahren unterbezahlt. Dan Statescu sagt, dass Eltern, deren Kinder eine rumänische Schule besuchen, oft mehr investieren müssen. Etwa zusätzliche Schulstunden, da viele Schüler bei dem Frontalunterricht nicht mitkommen. Manchmal müssten Eltern auch für die Renovierung der Klassenzimmer zahlen oder manchmal auch für den Lehrer, damit er überhaupt zum Unterricht erscheint. Eltern, deren Kinder in der Deutschen Schule Bukarest auf die Schule gehen, lassen sich das rund 15000 Euro im Jahr kosten. Dan Statescu und seine Frau erwähnen das in keinem Satz.

Die rumänischen Eltern Dan und Iulia Statescu schicken ihre Kinder Eric und Filip auf die deutsche Schule Bukarest, da sie ihnen eine gute Schulbildung ermöglichen wollen. Von den staatlichen Schulen hat Dan Statescu keine gute Meinung. Wie viele andere Rumänen auch, hoffen die beiden, dass ihre Kinder später einmal einen guten Job innerhalb der Europäischen Union finden.

Sieben Fakten, die Sie (vielleicht) noch nicht über Europa wussten

1. Wahlpflicht: Nur in fünf EU-Ländern gibt es eine Pflicht zur Teilnahme an der Wahl: Belgien, Luxemburg, Bulgarien, Zypern und Griechenland. Diese Regel gilt auch für Deutsche, die in einem dieser Staaten leben und dort zur Abstimmung zugelassen sind.

2. Ungleiche Wahl: Das demokratische Prinzip, dass jede Wählerstimme gleich viel wert ist, gilt nicht. So repräsentiert aktuell jeder der 96 Abgeordneten aus Deutschland mehr als 860 000 der etwa 83 Millionen Einwohner. Im Gegensatz dazu steht einer der sechs Parlamentarier von Malta für knapp 80 000 Inselbewohner. Im Parlament haben die Stimmen der Abgeordneten aber dasselbe Gewicht.

3. Glaubens-Wettkampf: Nach Schätzungen ist Polen katholischer als Italien. Während sich in Italien etwa 85 Prozent zur römisch-katholischen Kirche bekennen, sind es in Polen etwa 87 Prozent. Ein knapper Sieg nach Punkten. Und wer noch mehr „Beweise“ braucht: Der polnische Papst Johannes Paul II. brach die Dominanz italienischer Päpste: Das erste Mal seit 1523 saß ein Nichtitaliener im Vatikan.

4. Hygge mal anders: In Kopenhagen suchen sich die Menschen ganz besondere Plätze zum Entspannen, für Familientreffen oder für ein Picknick – Friedhöfe. Besonders beliebt ist der Assistenzfriedhof in Nørrebro in Kopenhagen, hier liegt unter anderem der Philosoph Sören Kierkegaard begraben.

5. Gigantismus: Der Parlamentspalast in Bukarest ist das zweitgrößte Haus der Welt und gilt als eines der teuersten Gebäude. Der frühere kommunistische Diktator Ceausescu ordnete den Bau zwischen 1983 und 1989 an. Mehr als 40 000 Wohnungen sollen dafür gesprengt worden sein, um Platz zu schaffen. Der Bau soll mehr als drei Milliarden Euro gekostet haben.

6. Die Größe zählt: In der Europäischen Union leben mehr als 500 Millionen Menschen auf einer Fläche von 4 413 652 Quadratkilometern. Insgesamt gibt es 24 Amtssprachen.

7. Die aufmüpfigen Nachbarn: Seit 2005 ist die Schweiz Teil des Schengen-Raums. Damit das so bleibt, muss sie jetzt einer europäischen Richtlinie Folge leisten, die den Besitz bestimmter Waffen einschränkt. Allerdings besitzen die Schweizer 2,5 Millionen Gewehre und Pistolen. Gegner der EU-Richtlinie haben bewirkt, dass die Schweiz am 19. Mai über die Gesetzesänderung entscheiden soll. Bei einem Nein müsste das Land innerhalb von 90 Tagen aus dem Schengen-Abkommen austreten.



Brüssel, Café Tich

Der Kaffee schwappt über, er flucht. „Excusez-moi, Monsieur“, entschuldige ich mich für den Fleck auf seiner Bundfaltenhose. Der Geschäftsmann aus Frankreich dreht sich um, wortlos, und biegt die nächste Straße rechts ab. Die Stirn rot. Und so führt mich ein Malheur, wie die Franzosen sagen, ins nächste Café. Zum Glück – hier treffe ich Hélène Dernouchamps, Mutter, Ehefrau, Innenarchitektin und Betreiberin des Café Tich.

Hélène Dernouchamps führt ein Café, das Franzosen und Kanadier, Togolesen und Briten, Spanier und Kosovaren zusammenbringt. Heute, ein Donnerstag, sitzt sie im rechten Flügel an der einzigen langen Tafel. Ihr dunkles Haar zu einem Zopf gebunden. Jeans und Pulli, ungeschminkt. Im Grunde, sagt die 40-Jährige, sei Brüssel nicht mit Belgien zu vergleichen. Überhaupt

In Brüssel könnten sich Islamisten und Lobbyisten die Hand geben

sei die Stadt, zumindest aber ihr Zentrum, wie ein Mikrokosmos. Geprägt vom Parlament der Europäischen Union, der Kommission, den Botschaften und den Menschen, die dort arbeiten. Sie reicherten Brüssel an mit ihrer Kultur, sagt die Belgierin, unterstützten es mit ihrem Geld. Allesamt motiviert von der europäischen Idee. Und das sei doch schön, oder nicht? Das Tich ist ein Ort, wie man ihm vielleicht schon in Berlin oder Amsterdam begegnet ist. Junge Leute trinken peruanischen Kaffee mit Kokosnusszucker und Mandelmilch, selbst gemacht, in großen Sesseln an kleinen Tischen. Pflanzen sprießen aus Einmachgläsern. Lounge-Musik im Hintergrund, ein Fahrrad an der Wand. Als Innenarchitektin habe sie sich damit einen Traum erfüllt, den eigenen und auch den ihres Mannes, erzählt sie. Den Traum, einen Platz zu schaffen, an dem Nationen zusammenkommen, gemeinsam essen und trinken.

Sophie Marlon und Amélie Chedal kommen regelmäßig ins Café. Beide sind in der Stadt aufgewachsen, haben an der Uni studiert, in Brüssel geheiratet und ziehen inzwischen selbst ihre Kinder groß. „Das Zentrum der Stadt ist wie eine Blase“, sagt Sophie Marlon. Kulturen, ein Arbeitsplatz, alles vernetzt. „Das macht das Leben in Brüssel interessant“, schiebt Amélie Chedal hinterher. Denn egal, wohin man geht, Kindergarten oder Fitnessstudio, an jeder Ecke sprächen Menschen eine andere Sprache. Oft sei das anstrengend, für den eigenen Blick auf die Welt aber hilfreich. „Wer hier

wohnt, kennt keinen Rassismus.“

Das ist die eine Seite der Medaille. Doch wie so oft im Leben gibt es da eben auch noch die andere, die hässlichere Seite: Brüssel ist als Islamisten-Hochburg verschrien, viele Attentäter hatten in der Stadt Unterschlupf gefunden, als „Terrornest“ wird der Bezirk Molenbeek gezeißelt. Es ist ein schwieriges Pflaster, ein umkämpftes zugleich. Denn in keiner Stadt Europas gibt es mehr Lobbyisten als in Brüssel: 25.000 Männer und Frauen versuchen im Sinne ihrer Unternehmen Einfluss auf die EU-Politik zu nehmen. Brüssel als Moloch. Brüssel als Hasssymbol. Brüssel als Inbegriff für so vieles, was tatsächlich oder scheinbar schiefläuft in diesem Europa. Mehr Apparat als Stadt. Allein für das Parlament arbeiteten im vergangenen Jahr 4903 Beamte und Bedienstete – Assistenten nicht mitgezählt. „Diese Leute haben Geld. Mehr als die meisten von uns“, erklärt Hélène Dernouchamps. Und sie geben es aus, vor allem für gutes Essen und Kaffee. Dernouchamps sieht es positiv: „Diese Leute haben ihr Land verlassen, um in einem anderen glücklich zu werden“, sagt die 40-Jährige. Dementsprechend offenherzig und umgänglich seien sie. So umgänglich, dass einige zu Freunden der Familie geworden sind. Wiederum andere sind zwar keine Freunde, brächten bei ihren Besuchen aber oft heitere Geschichten mit. Journalisten zum Beispiel, die ihre Blogbeiträge und E-Mails bei einem Matcha-Latte-Almond abtippen. Abgeordnete, die von ihren Differenzen mit dem EU-Nachwuchs erzählen. Bodyguards, die von ihren Erfahrungen mit einem zweifelhaften US-Präsidenten

Die Welt in Brüssel: Vor dem Hauptbahnhof setzen sich Schüler für offene Grenzen ein. Einige hundert Meter weiter sitzen zwei Frauen im Café Tich, trinken einen Matcha Latte bei Hélène Dernouchamps. Bei der 40-jährigen Brüsselerin treffen Menschen aus zahlreichen Nationen aufeinander. Viele von ihnen arbeiten für das Parlament der Europäischen Union, die Kommission oder für eine Botschaft.

berichten. „Ein schöner Mann. Groß, smart und gutaussehend“, so der Eindruck der Café-Besitzerin. „Der Bodyguard, nicht Trump.“ Sie lacht. Das Publikum ist international, das Tich hat sich angepasst. Ein Brasilianer fragt auf Englisch nach der Befindlichkeit, bevor er die Bestellung aufnimmt. „Ein Americano, bitte. Dazu Energy-Balls.“ Alles organisch. Eine Französin steht an der Theke, brüht Tee. Eine Belgierin räumt das Geschirr ab. Und auch Asiaten, Afrikaner, Amerikaner jobben in den Lokalen der Familie, die meisten von ihnen Studenten.

Klar, meint die Brüsselerin, die Arbeit mit unterschiedlichen Nationen sei nicht immer einfach. Jedes Individuum bringe einen Charakter, bestimmte Eigenheiten mit. Hin und wieder komme es zu Verständigungsproblemen, Konflikten. Außerdem wechsele das Personal häufig. „Die jungen Leute kommen, sie gehen, sie wollen umziehen und wollen mehr.“ Offene Grenzen, die Freizügigkeit und Währung Europas erleichterten es ihnen, in jeden Winkel des Kontinents zu reisen. Doch, und das sei wichtig, auch wenn es manchmal schwierig fürs Geschäft ist: „Die europäische Idee – viele Länder in nur einem verankert – ist die Zukunft, ist wichtig und ziemlich cool.“

Schengen ist Versprechen und Drohung. Aber: Wo ist dieser Ort eigentlich?

Der Schengen-Raum gilt in Europa als Symbol für die Reisefreiheit von mehr als 400 Millionen Menschen. 22 der 28 EU-Mitglieder gehören dem Gebiet an: neben den fünf Gründernationen Deutschland, Frankreich, Belgien, die Niederlande und Luxemburg auch Dänemark, Estland, Finnland, Griechenland, Italien, Lettland, Litauen, Malta, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien und Ungarn. Weiterhin sind auch die Nicht-EU-Länder Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz



Die Eurokids

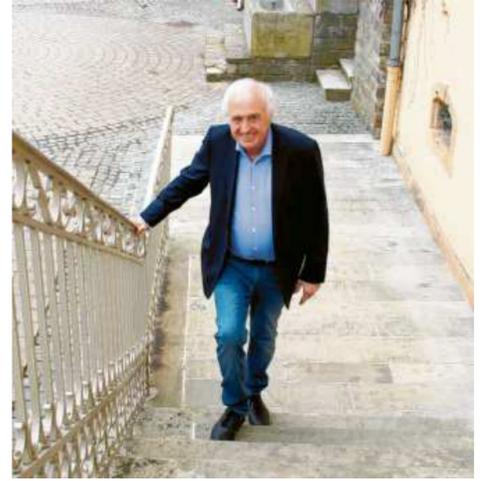
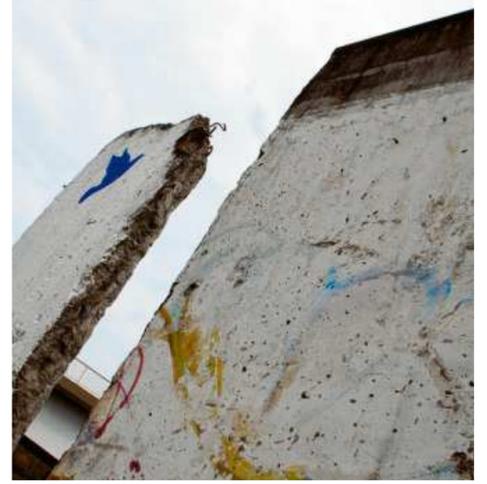
Bezeichnung für Kinder, deren Eltern aus unterschiedlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union kommen und sich vor Jahrzehnten in Belgien niedergelassen haben – mit dem Ziel, für EU-Institutionen, die Nato oder andere internationale Unternehmen zu arbeiten. Nicht selten werden Eurokids in Belgien geboren, einige führen den belgischen Pass. Fragt man sie nach der gefühlten Nationalität, antworten sie meist „Europäer/in“.

dabei. Die EU-Staaten Großbritannien, Irland und Zypern sind nicht Teil des Schengen-Raums. Bulgarien, Rumänien und Kroatien streben derzeit die Vollmitgliedschaft an. Alles heile Welt also? Von wegen! In den vergangenen Jahren, während der Flüchtlingskrise, wurde „Schengen“ geradezu zum Kampfbegriff. Überall sollten die Grenzen auf einmal wieder kontrolliert werden – selbst in Deutschland gab man auf einmal die Losung aus: Keine Grenzen sind auch keine Lösung.

Ein Vertrag hat Schengen also zum bekanntesten Dorf der Welt gemacht. Wo liegt dieser Ort? Zwischen Weinbergen. Ich habe ihn besucht.

Drei Chinesinnen stehen vor einer Tankstelle, starren auf ein Schild. Frankreich zwei Kilometer, lesen sie, Deutschland ein Kilometer, schwarz auf gelb. Die Frauen schnallen ihre Rucksäcke ab und ziehen Kameras heraus. Drücken ab. Einmal, vier Mal, zehn Mal. Halten fest, was für sie besonders ist, für Europäer normal – die Grenzenlosigkeit.

Das bekannteste unbekannteste Dorf der Welt hat 600 Einwohner. Es liegt an der Mosel, im Dreiländereck von Frankreich, Deutschland und Luxemburg. Um es herum wölben sich Weinberge, mittendrin die Winzerhäuser. In Schengen gibt es keinen Bahnhof, die Touristen kommen per Bus, etwa 50.000 im Jahr – um die „Wiege vom grenzenlosen Europa“ zu sehen. Die Stelen aus Stahl, die an das Abkommen erinnern. Teile der Berliner Mauer, die vor Alleingängen warnen. Drei Säulen der Nationen. Denkmäler, Skulpturen. Und ein Museum, das die Geschichte zusammenträgt. Alles begann vor fast 34 Jahren. An einem Freitag, 14. Juni 1985, als das Schiff Princesse Marie-Astrid Kurs auf Schengen nahm. An Bord trafen sich fünf Vertreter aus Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Frankreich und Deutschland. Sie kamen zusammen, um ein Vertragswerk zu unterschreiben, das erste Schengener Abkommen. Sie besiegelten die Grenzöffnung und tranken ein Glas Moselwein. Zur selben Zeit fuhr Roger Weber mit seinem Traktor in die französischen Weinberge. „Ich wusste, dass da etwas passiert“, erinnert sich der 68-jährige Winzer. „Ein Großereignis war das Abkommen aber nicht.“ Weder Präsidenten noch Minister, nur deren Staatssekretäre seien angereist, eine kleine Schar Journalisten. Roger Weber fuhr vorbei. „Ich habe nicht einmal gehalten.“ Aus den Wolken quetschen sich erste Regentropfen.



Für drei Chinesinnen Anlass genug, die Tour durch Schengen zu beenden. Vier Stopps, 35 Minuten und etwa zehn Motive hat es gedauert, um Europa zwischen Weinbergen zu erkunden. Roger Weber lacht. Noch immer seien einige Besucher überrascht von der Beschaulichkeit des Dorfs. Aber – und diese Anekdote erzählt der 68-Jährige gerne – selbst François Mitterrand, der ehemalige französische Präsident, habe 1985 nicht gewusst, wo Schengen liegt und es in den Niederlanden verortet. Überhaupt habe damals kaum einer an einen Kontinent ohne Grenzen geglaubt, erklärt der Mann, der von 2000 bis 2011 Bürgermeister der Gemeinde Schengen war. „Die meisten gingen davon aus, dass sich nichts ändern werde“, sagt Roger Weber. An der Flusspromenade ist es spät geworden. Während die chinesischen Besucherinnen mit dem Auto das bekannteste Dorf der Welt in Richtung Deutschland verlassen, steuert die „Marie-Astrid“ auf den Moselkai zu. Auf ihrem Dach wehen die Fahnen Spaniens, Italiens, Frankreichs und Deutschlands. Auch Finnland zittert im Wind. Die Gäste tragen Smoking, zumindest Anzug und Abendkleid, trinken Grauburgunder und Crémant. Was viele nicht wissen, das Schiff ist nicht das Original. Der historische Dampfer, vor Jahren verkauft, schippert heute auf der Donau, der Heimathafen Regensburg.

Drei Tage, (k)eine Grenze

Ich schlafe in Perl, recherchiere in Schengen. Innerhalb von drei Tagen überquere ich zwölf Mal die Mosel, um von Deutschland nach Luxemburg zu gelangen. Anzahl der Grenzkontrollen? Null.

Samstag, 6. April

15.36 Uhr Bahnhof Perl, steige aus dem Zug. Kann von hier aus Luxemburg und Frankreich sehen.

17.45 Uhr Habe im Hotel auf der deutschen Seite der Mosel eingeecheckt. Mache mich auf den Weg in Richtung Luxemburg. Distanz: 1,8 Kilometer. Dauer: etwa 20 Minuten.

17.47 Uhr Drehe um. Wasser vergessen.

17.53 Uhr Starte mit Wasserflasche nochmals vom Hotel in Richtung Luxemburg.

18.13 Uhr Erster Grenzübergang seit Ankunft. Regen.

19.10 Uhr Lust auf Schokolade. In Luxemburg zu teuer. Hüpf über nach Deutschland, kaufe vier Tafeln, weiß mit Zitronengeschmack. Grenzübergang 2.

19.30 Uhr Überquere mit Schokolade und Lächeln die Mosel. Grenzübergang 3.

22 Uhr Habe mit sechs Menschen über Schengen gesprochen. Trete Heimweg an. Grenzübergang 4.

Sonntag, 7. April

12.30 Uhr Habe ausgeschlafen und ausgiebig gefrühstückt. Brötchen, Käse. Erdbeermarmelade. Laufe vom Hotel nach Luxemburg. Schaffe es heute vielleicht in 18 Minuten.

13.03 Uhr 18 Minuten, neuer Rekord. Grenzübergang 5. Die Sonne scheint.

19.30 Uhr Bin müde, will schlafen. Gehe zurück ins Hotel. Grenzübergang 6.

23 Uhr Ziehe meinen Schlafanzug aus, laufe zu einer Tankstelle auf der anderen Seite, um einen Tankwart zu treffen. Grenzübergang 7.

23.30 Uhr Tankwart will nicht in die Zeitung. Gehe wieder nach Deutschland, ins Bett, frustriert. Grenzübergang 8.

Montag, 8. April

9.55 Uhr Begleite die Landfrauen Wiesbaden bei einer Europa-Tour. Beginn: 10.30 Uhr. Treffpunkt: Europa-Museum. Grenzübergang 9.

16 Uhr Habe mich mit dem ehemaligen Bürgermeister Schengens unterhalten. Er fährt mich zurück zum Hotel. Grenzübergang 10, diesmal im BMW.

19.30 Uhr Will anderen Tankwart finden. Es ist dunkel. Grenzübergang 11.

21.50 Uhr Sechs Tankstellen abgelaufen, keinen Tankwart gefunden. Dafür Sabine, die Service-Kraft.

Sabine, um die 60, spricht mit Saarländischer Akzent und arbeitet als Servicekraft an einer Schengener Tankstelle nahe der Autobahn A 13. Bei ihr an der Kasse, er-

zählt sie, träfen Franzosen, Deutsche und Luxemburger aufeinander – vornehmlich um Dinge zu kaufen, die in Luxemburg geringer versteuert sind. Sprit, Kaffee, Schnaps und Tabak.

Klar, schaffe es mehr Arbeit als nötig. Sagt Sabine. Die Leute kämen zu Hunderten in ihren Laden und verliehen ihn mit Fusel, Kippen und pfundweise Kaffee. Das sei nun mal ihr Job, Europa deshalb nicht unbedingt schlecht.

Gut, meint Sabine, die vielen Ausländer auf der deutschen Seite nervten schon. Besonders am Samstag-

Sabine von der Tanke in Schengen sinniert über Europa

abend halb acht im Aldi. Da stünden sie in Schlangen an, um für die nächsten 14 Tage zu hamstern. Wasser, Toilettenpapier, Tomaten en masse. Zugegeben, das würde sie an deren Stelle auch. Und was soll's, deswegen sei Europa nicht schlecht.

Ja, der Verkehr, der gehe ihr auf den Keks. Rüber, nüber, sagt Sabine. So geht das die ganze Zeit. Morgens und abends. Luxemburger, Franzosen. Aber auch die Deutschen. Beschwerden dürfe sie sich nicht, gehöre ja selbst dazu. Für sie und ihren Job sei Europa nicht schlecht.

Aber die Jugend, ja die Jugend, die sei unvernünftig. Keinen Sinn mehr für Schengen, wüssten nicht, auf welchem Boden sie gehen. Historisch, sagt Sabine. Ein Boden von Bedeutung. Gerade die Jugend sollte Europa stützen, hätte sie doch nie erlebt, wie es früher einmal war.

22.45 Uhr Schleppe mich über die Grenze ins Bett. Grenzübergang 12.

Dienstag, 9. April

8.50 Uhr Heute kein Grenzübergang, nur Besuch von Supermarkt. Steige mit ausreichend Schokoladen-Providant in den Zug. Neuer Zielort: Paris.

Telefonieren ohne schlechtes Gewissen

Neulich in der Métro.

Linie 4, Haltestelle Barbès-Rochechouart.

Eine Schweizerin, keine 35, zwei Koffer, telefoniert.

Sie: „Schatz, könntest du das bitte klären.“

Die Person am Telefon spricht.

Sie: „Nein, das muss so schnell wie möglich passieren.“

Wieder nuschelt der Mann am anderen Ende in den Hörer.

Sie, sichtlich erregt: „Diskutiere nicht mit mir. Erledige das einfach.“

Die Métro hat den Gare du Nord passiert.

Nochmal ergreift sie das Wort, langsamer diesmal, aber schärfer: „Der K-O-S-T-E-N-V-O-R-A-N-S-C-H-L-A-G liegt seit drei Wochen auf dem Küchentisch. Da steht alles drin, was du wissen musst. Am Montag oder Dienstag, ich weiß es nicht genau, kommen die Handwerker und ziehen die Wand im Esszimmer hoch. Kläre das mit Markus. Ich bin nicht da. Ich bin in Paris. Ich kann nicht ständig telefonieren. Max, hast du das verstanden? Hörst du noch? Hallo... Max. Bist du noch dran?“

Im Juni 2017 wurde Roaming größtenteils abgeschafft. Seither gibt es keine Extra-Gebühren mehr für das Telefonieren, SMS-Austausch und Surfen im EU-Ausland. Für die Schweiz gilt die Verordnung übrigens nicht.



Das Dorf Schengen liegt zwischen Weinbergen im Dreiländereck. Es hat 600 Einwohner, eine Handvoll Restaurants und noch mehr Tankstellen. 1985 wurde hier auf einem Moseldampfer das Schengener Abkommen, die Grenzenlosigkeit, besiegelt. Der frühere Bürgermeister Roger Weber erinnert sich gerne daran. Noch immer nimmt die „Marie-Astrid“ Kurs auf Schengen, das Schiff ist nicht das Original.





Ein Ort mit vielen Facetten – Paris kann die Stadt der Liebe sein oder der Verführung. Paris kann chaotisch sein oder aufgeräumt. „C'est aussi ta France?“ Ist es auch dein Frankreich? Der deutsche Erasmus-Student Justin Trautmann glaubt ja. Für Anja Heckendorf, die an einer französischen Elite-Universität studiert, ist diese Frage schwieriger zu beantworten.



Er ist Hoffnung und Enttäuschung gleichermaßen. Senkrechtstarter und Rohrkrepiierer. Emmanuel Macron. Gemeinsam mit Deutschland gilt Frankreich als das Herz Europas. Gemeinsam waren die beiden Länder stark. Doch der Elan, er schwindet zusehends. Während Kanzlerin Angela Merkel ihre Kanzlerschaft auslaufen lässt, findet Macron zwar noch mitreißende Worte. Doch macht er wirklich neue Vorschläge? Im Inneren setzen ihn die Gelbwesten unter Druck, außen findet er kaum Unterstützer für seine europäischen Reformideen. Bei der Europawahl liefert sich Macrons Partei La République en Marche in Frankreich ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit Marine Le Pens Rassemblement National. Es steht sinnbildlich für die Situation in Europa – Progressive gegen Populisten.

Während die große Politik also kämpft und strampelt, gibt es im Kleinen ganz andere Themen. Es ist der Alltags, der entscheidet: Erasmus schweiß Europas Jugend zusammen, mehr als alle politische Reden es vermögen.

Paris, 10. April, eine Küche in Plaisance. Sie ist die Schöne, die Leuchtende, die Stadt der Liebe. Das zumindest schreiben dutzende Reiseführer über Paris.

Programme wie Erasmus sind für Studenten wichtiger als große Reden

Stimmt das? Über Facebook habe ich zwei junge Deutsche gefunden. Sie studiert an einer Elite-Uni, er ist Teil des Erasmus-Programms. Ich habe sie zu Hause besucht, in einem Café getroffen und von beiden eine Antwort erhalten. Sie könnte unterschiedlicher nicht sein.

Paris sei wie eine Schnapspraline, sagt Anja Heckendorf. Verführerisch von außen, bitter von innen. Die 23-Jährige verzieht das Gesicht, als fülle sich ihr Mundraum mit Himbeergeist in Zartbitterschokolade. Sie möge nichts Hochprozentiges, beteuert sie. Seit drei Jahren studiert die Badenerin in Frankreich, seit einem in Paris. Von der Stadt, ihren Sehenswürdigkeiten und Museen hat sie bisher nicht viel gesehen, nicht einmal den Louvre. Egal, wie sie ab, ihr bliebe ja noch Zeit. Zeit, um das Studium zu beenden, ein Praktikum zu finden, Paris zu erkunden, es wieder zu verlassen. Denn viele kämen hier an, in der Cité d'Amour, mit einer romantischen Idee. Die Realität falle nüchtern aus, besonders dann, „wenn man sich mit Wohnungssuche, Bürokratie und Versicherungen auseinandersetzen muss“.

Anja Heckendorf, blonder Bob, Brille, sitzt in ihrer Küche in einem Zwei-Zimmer-Apartment, 14. Arrondissement im südlichen Zentrum der Stadt. Viele Stunden verbringt sie hier, vor allem um zu lernen. Die 23-Jährige absolviert einen Master im Fach Marketing und Kommunikation an einer sogenannten Grande École. Hochschulen wie ihre, die Sciences Po, bilden die akademische Elite Frankreichs aus. Präsidenten

Paris, eine Küche in Plaisance

wie Jacques Chirac und Nicolas Sarkozy wurden hier geformt. Insgesamt nimmt die Uni weniger als zehn Prozent aller Bewerber an. Wer es trotzdem schafft, muss in kürzerer Zeit mehr leisten als jene Studenten, die eine normale Hochschule besuchen. „Wer hier war, ist stressresistent“, sagt die junge Frau – und lacht.

Aufgewachsen ist Anja Heckendorf an der deutsch-französischen Grenze in der Nähe von Offenburg. Damals als Teenager, erzählt sie, sei sie oft nach Straßburg gefahren, um mit Freunden shoppen zu gehen. 30 Minuten Bummelzug. Keine Passkontrollen. „Ein Japaner könnte das nicht.“ Ein Europäer schon. Und obwohl sie nach dem Abi immer weg wollte, raus in die Welt, vermisst sie die badischen Wälder. Die liegen heute zweieinhalb Stunden entfernt, das Großstadtleben vor der Tür.

30 000 Euro muss Anja Heckendorf für zwei Jahre Auslandsstudium an einer Grande École zahlen. Weil ihre Eltern diese Summe nicht stemmen konnten, nahm die Tochter einen Kredit auf. Eben das sei ein Punkt im europäischen System, der sie störe, sagt die junge Frau. „Jeder findet die EU toll“, und das sei sie auch. „Wenn es aber darum geht, im EU-Ausland zu studieren, hat man kaum Finanzierungsmöglichkeiten.“

Um Geld muss sich Justin Trautmann, 23, weniger Gedanken machen. Wie Anja Heckendorf gehört auch er zu den rund 10 000 Deutschen, die in Frankreich studieren – allerdings als Teil von Erasmus. Ein Programm, das seit 1987 von der EU gefördert wird und Studierende bei einem befristeten Auslandsaufenthalt finanziell und organisatorisch unterstützt.

„Alles ganz einfach“, fasst der Berliner seinen Aufwand zusammen. Im September 2018 hat er sich ein One-Way-Ticket nach Paris gekauft. Ohne jemandem Bescheid zu geben, keiner Behörde, keiner Institution. Seitdem lebt der 23-Jährige in einem Studentenapartment neben seiner Hochschule, der Télécom Paris-Tech, Butte aux Cailles, 13. Arrondissement. Ein Wohnviertel, von dem es heißt, es sei das China Town von Paris. Den Großteil des Erasmus-Zuschusses hat Justin Trautmann bereits vor der Ausreise erhalten, davon kann er die Miete begleichen, etwa 350 Euro im Monat. Wie jeder Student in Frankreich bezieht er außerdem Wohngeld von der französischen Familienkasse. Unterm Strich werde er dennoch mit weniger Geld nach Berlin zurückkehren, die Erfahrung sei es allemal wert.

Der Berliner studiert IT Systems Engineering, ein In-

formatik-Studiengang, hat vier Vorlesungen mit mehreren Terminen in der Woche. Einen Tag, den Donnerstag, hat er sich freigelassen, um die Stadt auf dem Fahrrad und die Kultur zu genießen. In Paris sei das unkompliziert, findet Justin Trautmann, zumal Museen für junge Europäer bis 26 meist frei sind. „Man muss sich noch nicht mal in die Schlange stellen.“

Während er am Anfang vom Studentennetzwerk Erasmus profitiert hat, haben sich seine Freundschaften und Beziehungen nach und nach verändert. Brasilianer, Kolumbianer, Mexikaner, Libanesen: Er habe sich eigene Kontakte aufgebaut, sei auf andere Kulturkreise gestoßen, konnte Hemmungen überwinden. Das gebe dem sozialen Leben mehr Pfiff, findet der



23-Jährige. Der einzige Wermutstropfen, wie er sagt, sitze zu Hause in Berlin: die feste Freundin. „Durch das Internet und die abgeschafften Roaming-Gebühren kann man aber eine Lebensrealität teilen, auch wenn man nicht am selben Ort wohnt.“

Keine drei Kilometer westlich sitzt Anja Heckendorf in ihrer Küche und erzählt von Service-Nummern, die sie ohne französische SIM-Karte nicht nutzen könne. Von Hürden im Gesundheitssystem, von ausbleibendem Wohngeld. Jedes Mal, wenn sie nach Deutschland fahre, um Freund und Familie zu besuchen, sei das wie „eine Paris-Detox-Kur“. Trotzdem, Anja ist überzeugt davon, dass sie es wieder tun würde. Paris wieder tun würde. Zum einen, weil es ihren Masterstudiengang so in Deutschland nicht gegeben hätte. Zum anderen, weil es für sie eine Erfahrung war. „Ich habe viel über mich gelernt, musste immer wieder über mich hinauswachsen, habe mehr geleistet als andere.“ Selbst wenn sie noch nicht weiß, wie es danach für sie weitergehen werde, ist sie sich sicher, in Frankreich enge Freunde, Leidensgenossen, gefunden zu haben. Ohne Europa sei das nicht möglich gewesen.

Europa ist auch über den Wolken

Dreimal fliege ich auf dieser Reise. Check-In und Boarding verlaufen dreimal problemlos. Eineinhalb Stunden sollte man schon vor Abflug da sein? Sinnvoll, aber es geht oft viel schneller – Eurosternchen und Bundesadler auf dem Ausweis sei Dank. Dieser Pass ist so etwas wie der Türöffner in Gold für innereuropäische Grenzübertreite und Flüge. Immer wieder kümmert sich der Europäische Gerichtshof außerdem um Fluggastrechte: Bei kurzfristigen Annullierungen und Verspätungen von mehr als drei Stunden steht dem Passagier oftmals eine Ausgleichszahlung zu. Je nach Flugdistanz sind das 250 Euro bis 600 Euro. In der Luft schrumpft dann das Matterhorn auf die Größe des Toblerone-Logos, Italiens Damenschuh-Profil lässt sich sogar erahnen. Europa in Miniatur – ein bezaubernder Anblick. Neben mir sitzen Vielflieger, die schlafen oder in Magazinen blättern. Ich blicke dagegen verträumt aus dem Fenster.



Südtirol, Bauernhof Gasser

„Bozen“ und „Bolzano“ steht auf dem Bahnhofschild. Rundherum Berge und Weinhänge, die auf den Frühling warten. Zwei Sprachen, zwei Melodien, ein Ort in Europa, inmitten der Europäischen Union. Als der Familienname Gasser fällt, weiß die Taxifahrerin Bescheid: „Haja, da Daniel und de Anita. Dia san' herzig.“ Nach Schnauders bei Brixen fährt sie mich. Am Wegrand folgt ein Bauernhof auf den nächsten, oft modern oder frisch renoviert. Ganz nahe dem Gipfel: der Oberhauserhof der Gassers.

„Wir leben an einem sehr schönen Ort auf der Erde“, sagt Daniel Gasser. Blonde Haare, helle Augen, Lachfältchen. Vier Kinder hat die junge Familie, auf der Terrasse parkt ein blauer Bobby-Car-Traktor vor dem Alpenpanorama. Gasser deutet auf die Gipfel der Dolomiten und benennt jeden Berg, von Ost nach West. Ein Teppich von grauen Wolken hat sich in den Wipfeln verheddert, ein Postkartenmotiv. „Des isch d'Hoamet“, sagt Gasser. Das ist die Heimat. 50 Kühe haben sie. Braunvieh, das aus dem offenen Stall auf die Berge blickt. Dazu 20 Hektar Grünland, 17 Hektar Wald, fünf Hektar Alm. „Halb fünf Uhr beginnt der Tag für uns, um sieben Uhr abends hammer fertig“, sagt Gasser.

Rund 58 Milliarden Euro gab die EU 2018 für Landwirtschaftsförderung aus – fast 40 Prozent des Haushalts. Das System der EU-Landwirtschafts-Subventionen baut dabei auf zwei Säulen auf: Gelder, die direkt an Betriebe fließen, und Gelder für die Entwicklung des ländlichen Raums. Die Krux: Der große Teil des Geldes aus der ersten Säule wird über die landwirt-

schaftliche Fläche eines Betriebs berechnet. Natürlich gebe es auch Zulagen für Agrarflächen in Hanglage, für „besondere Erschwernisse“, sagt Gasser. „Ganz gerecht ist das System aber nicht.“ Und das bekomme er als Bergbauer zu spüren. Große Betriebe mit viel Fläche und wenigen Angestellten würden den Hauptteil der Förderung erhalten, sagt der Landwirt. Und auch der Getreideanbau profitiert, der laut Gasser finanzielle Hilfe oft gar nicht nötig hätte. „Da regelt sich der Preis ganz anders.“ Mehr Förderung für kleine Betriebe, mehr Förderung für Nachhaltigkeit und artgerechte Tierhaltung – das würde er sich wünschen. Gassers Haltung zur EU ist klar: Ja, sicher werde er bei der Europawahl seine Stimme abgeben. „Wir fühlen uns ganz klar als Südtiroler, aber die Region hat auch einen ganz starken Bezug zu Europa.“ Den Südtirolern gehe es, auch dank der EU, schließlich gut. Deutlich besser sogar als den Italienern im Süden.

Könnte die Landwirtschaft in Südtirol ohne EU-Förderung überleben? Gasser schüttelt den Kopf. Sogar mit Unterstützung sei es schwer. Deshalb hat er mit seiner Frau Anita aus dem Oberhauserhof einen Bauernhof auch für Urlauber gemacht, mit einem barrierefreien Apartment. Für Gassers Sohn ist die Entscheidung nicht fern, ob er den Betrieb und die Tradition weiterführt. Er ist 14 Jahre alt und spielt mit dem Gedanken, auf die Landwirtschaftsschule zu gehen. Gasser ist zuversichtlich. „Am besten ist es, wenn der neue Bauer, der den Hof übernimmt, jung ist. Und so eine Übergabe braucht Zeit.“ Das hat in dieser Familie schon einmal funktioniert. Daniel Gassers Vater

mischt noch immer mit im Betrieb – so kann sich der Sohn auch auf sein Engagement beim Bauernverband konzentrieren. Im roten Blaumann schleicht der Großvater um die Ecke des Stalls, schüttelt die Hand und stellt sich freundlich vor. Doch dann muss er weiter zum Traktor, ein modernes, blaues Monstrum, das in der Scheune neben dem Kuhstall schon tuckert. Über Nacht auf Schienen weiter durch Italien. Erster Umstieg Bologna – der Ort, der für die europäische Reform der Hochschulbildung steht. Zweiter Umstieg Rom – 1957 wurde hier die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet, ein Vorläufer der Europäischen Union. Am Bahnhof der italienischen Hauptstadt steige ich in den Nachtzug und reiße im Abteil gleich einmal meine drei Mitbewohner dieser Nacht aus dem Schlaf. Ich rumple mit dem Koffer gegen die Metallleiter des Stockbetts, gegen die Bettkante, krax-

Ohne die finanzielle Unterstützung der EU gäbe es hier keine Bauern

le hinauf auf das obere Bett und gleich wieder herunter – Fahrkartenschleuder. Dann beginnt der Zug über die Gleise zu poltern, in einem unruhigen Galopp. Bis fünf Uhr morgens. Als ich aussteige, sehe ich, wie die Sonne über die Hügel am Horizont klettert und die Olivenhaine rundherum und auch den maroden kalabrischen Bahnhof selbst, erst in ein blaues, dann immer wärmeres Licht taucht.

„This is my greatgrandfather“, das ist mein Urgroßvater, sagt Enrico Parisi und deutet mit einem Lächeln auf das Etikett einer Flasche Olivenöl, die er gerade aus einem Metallschrank gefischt hat. Auf die Flasche hat der junge Landwirt eine alte Fotografie drucken lassen, in Creme- und Brauntönen. Sie zeigt ein bäuerliches Idyll aus vergangener Zeit, im Mittelpunkt steht der Urgroßvater. Der Urenkel, Enrico Parisi, ist wiederum ein junger Mann mit schneieker Weste, Schnauzbar und einem Zopf, aus dem eine einzelne

Dreadlock baumelt. Enrico Parisi ist stolz auf seinen landwirtschaftlichen Betrieb, den er nun in vierter Generation führt. 15.000 Olivenbäume besitzt er. Schon früh war klar, dass er den Betrieb übernehmen würde. Doch zuerst nahm er sich Zeit: Er habe sich viel mit Philosophie und Geschichte befasst. Nach einem Praktikum in Rio de Janeiro sei er dann als Backpacker quer durch Südamerika gereist. Mit frischen Ideen kam er zurück und fühlte sich bereit, den Familienbetrieb umzukrempeln. Das neue Konzept: eine soziale und ökologische Form der Landwirtschaft. Möglichst biologisch einwandfrei, ohne Pestizide, mit selbst produzierter Energie. Deshalb bedecken Photovoltaik-Anlagen das Fabrikdach. Und das Soziale? Neben den Olivenhainen hinter der Fabrik liegt ein Gemüsegarten – den Verkaufserlös spende er für Menschen mit Trisomie 21, sagt Parisi.

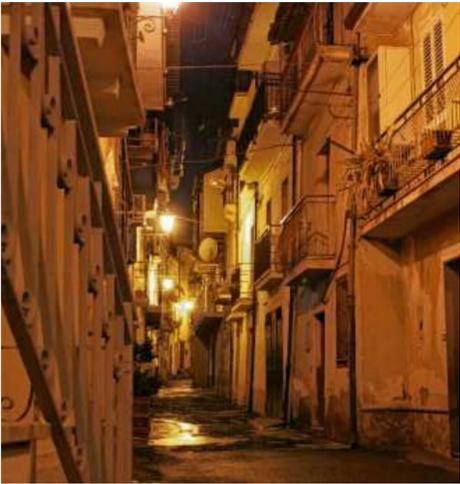
Für ihn sei Europa der Schlüssel für Innovation, für eine moderne Landwirtschaft. Immer wieder reist er deshalb nach Brüssel und nimmt an Kongressen junger europäischer Landwirte teil. Für Parisi ist Europa „the most important country in the middle of the world“ – das wichtigste Land inmitten der Welt. Die EU biete ihm eine Plattform, sich frei auszutauschen und Probleme zu benennen. Und die beginnen für ihn schon beim Preis der Produkte: Ein Olivenöl für drei bis fünf Euro, das könne weder Qualität bieten noch ein Einkommen sichern. Deshalb fordert er eine finanzielle Absicherung für Landwirte. Sonst werde Kalabrien immer mehr Bauern verlieren. Zwei Millionen Menschen leben in Kalabrien, in Mailand seien es allein eine Million, sagt Parisi. Eine ebenso große Zahl an Menschen habe den Süden Italiens zwischen 2006 und 2016 verlassen.

Der Mann, der mich zu Parisi gefahren hat, ist ein schlanker Typ mit Sonnenbrille, der für einen Landwirtschaftsverband arbeitet. 21 Jahre ist er alt, Parisi Vortrag hatte er schweigend verfolgt. Auf der Rück-



Ein Land, zwei Landwirte, zwei Welten: Während Enrico Parisi (Bild oben, Mitte) in Kalabrien Öl aus den Früchten seiner 15.000 Olivenbäume produziert, kümmert sich Daniel Gasser (Bild darunter) in Südtirol vor allem um seine Kühe. In Südtirol ist der Zwiespalt zwischen italienischer, deutschsprachiger und europäischer Kultur spürbar. Für Gasser ist klar: Die Region ist stark mit Europa verbunden.





fahrt kommen wir ins Gespräch: „Nicht viele Menschen in Kalabrien denken so wie er“, sagt er. Hinter der Sonnenbrille sieht man seinen Blick nicht, aber er schüttelt leicht den Kopf. Dieser Enrico Parisi sei politisch Mitte-Links und er mache ja auch einen engagierten, cleveren Eindruck. Aber die meisten Südtaliener, von jung bis alt, würden sich derzeit eher einen Ausstieg aus dem Euro, vielleicht sogar aus der EU wünschen. Die wirtschaftlichen und politischen Differenzen in der Union seien zu groß. Der junge Mann sagt, er könne selbst gut nachvollziehen, warum sich viele Menschen von Politikern wie Matteo Salvini beeindruckt lassen. Der sei zwar ein Rechtspopulist – aber er wisse, wie man auf die Leute zugeht.

Nicht alle können Rechtspopulisten wie Matteo Salvini widerstehen

Diese Gurke ist ein Witz

Auf dem Bozner Obstmarkt in der Altstadt verkaufen sie die beliebten Äpfel aus der Region. Dazu Südtiroler Blumen, Käse und Speck – und Gemüse. EU und Gemüse? War da was? Auszug aus der „VERORDNUNG (EWG) Nr. 1677/88 DER KOMMISSION vom 15. Juni 1988 zur Festsetzung von Qualitätsnormen für Gurken“: Gurken der „Klasse Extra“ müssen „gut geformt und praktisch gerade sein (maximale Krümmung: 10 mm auf 10 cm Länge der Gurke)“. Tja, die krumme Gurke. Immer noch dient sie EU-Kritikern als Sinnbild und Kalauer für Bürokratie und Nonsense in der Union. Doch die Pointe: Diese Vorschrift wurde schon vor zehn Jahren abgeschafft. Die Debatte dominieren andere Themen – nachhaltige Landwirtschaft, der Einsatz von Pestiziden und vor allem die Forderung nach einer fairen Preispolitik, die zum Beispiel der Landwirtschaft in Afrika nicht mehr mit Billigexporten schadet. Immer wieder treten neue Probleme in den Vordergrund der Diskussion – doch der Gurkenwitz wird wohl noch eine Weile weiterleben.



Während Südtirol (Bild ganz links oben) finanziell auf soliden Beinen steht, ist Kalabrien eine der ärmsten Regionen Italiens. Das wird in den Gassen von Lamezia Terme spürbar (Bild oben, links). Was Italien und Spanien eint, ist die Herausforderung der Migration: Die Flucht übers Mittelmeer endet für viele in der Hafenstadt Tarifa. Dort lebt der Schweizer Surfer Roland Wiederkehr-Funke (rechts unten).

Spanien, kurz vor Afrika

Europas Ende ist ganz nah. Wer sich vergewissern möchte, muss nur einen Blick auf das massive Schild werfen, das hier am Strand von Tarifa steht. Darauf ist eine Landkarte gepinselt. Die bunten Farben scheinen allmählich abzublättern, Schuppe um Schuppe, weil Sonne, Wind und Sand an der Karte nagen. Doch die Linien der Karte sind klar: Dies ist der südlichste Fleck des Kontinents. Hier Spaniens Küste, „España“. Gegenüber die Felsen von „Marruecos“, Marokko. Tatsächlich: Afrika erscheint im Sonnenlicht als graue Felsensilhouette auf der anderen Seite des Meers. Nachts sieht man die nahen Lichter von Marokko. Tanger heißt die Stadt, sie funkelt dann wie eine Girlande.

„Du kriegst hier kaum etwas davon mit. Nur, wenn es mal wieder in den Nachrichten gezeigt wird oder im Internet“, sagt Roland Wiederkehr-Funke – Schweizer, Surfer, Anfang 60, in Tarifa seit 1982. Einmal machte ein Video die Runde: Flüchtlinge stranden mit einem Schlauchboot am Strand von Tarifa, am hellen Tag, vor den staunenden Blicken der Touristen. Dieser Ort, auch wenn er an Europas Ende liegt, ist vor allem ein Ort auf dem Weg. „Die kommen hier nur rüber. Die lungern hier ja auch nicht rum“, sagt Roland. Die Schlepper und Flüchtlinge würden sich schon die günstigsten Wind- und Wetterverhältnisse aussuchen. Wenn es den „Migrantes“ dann gelinge, der Polizei zu entweichen, würden sie schnell in den Norden ziehen, entlang des Küstenstreifens, bis Algeciras, nach Málaga oder aber Sevilla.

Die Flüchtlingsfrage, sie ist so etwas wie die Schicksalsfrage der Europäischen Union. Mit ihr begann der

Siegeszug der Rechtspopulisten, der nun den Europawahlkampf beherrscht. Mit ihr wuchs auch das Misstrauen in die Handlungsfähigkeit dieser Union. Inzwischen hat sich der Wind gedreht in Europa. In der Migrationsfrage geben die Sicherheitspolitiker den Ton an. Es geht darum, das Vertrauen in die eigene Kontrollfähigkeit wiederherzustellen. Der Spitzenkandidat der Europäischen Volksparteien für die EU-Wahl, Manfred Weber, hat die Frage nach dem Umgang mit Migranten als „offene politische Wunde des Kontinents“ bezeichnet. Er werde die Migrationspolitik deshalb zur Chefsache machen, sagte der CSU-Politiker. Es ist die vielleicht schwierigste Aufgabe für die kommenden Jahre. Schon jetzt steht fest: Zum Schutz der europäischen Außengrenzen soll die EU-Grenzschutztruppe Frontex bis 2027 auf bis zu 10 000 Einsatzkräfte ausgebaut werden. Die Einigung kurz vor der Europawahl Ende Mai soll auch ein Signal sein und zeigen, dass die EU beim Thema Migration nicht völlig handlungsunfähig ist. Außerdem soll der Frontex-Ausbau dazu führen, dass die derzeitigen Kontrollen im Schengenraum, etwa an der deutsch-österreichischen Grenze, überflüssig werden. Deutschland und andere EU-Staaten kontrollieren derzeit zumindest Teile ihrer Binnengrenzen und argumentieren mit Sicherheitsproblemen, die aus der Flüchtlingskrise resultieren.

An der Hafensperrade von Tarifa liegt das Gebäude des Roten Kreuzes. Der Putz bröckelt und auch hier erhält man nur mit Vorsicht Auskunft. Etwa 53 000 Menschen auf der Flucht, auf dem Weg nach Europa, hätten Andalusien im Jahr 2018 über das Meer erreicht

– soweit es das Rote Kreuz überblickt. Fünfmal so viele wie noch im Jahr zuvor. Spanien hat Italien in Europa als Hauptziel von Migranten abgelöst, gefolgt von Griechenland. Aus Mali, aus dem Senegal stammen die Menschen, teilweise seien sie schon zwei, drei Jahre auf dem Weg. Für sie seien Tarifa und Andalusien „another stop“, ein weiterer Halt auf der Route.

Erst Griechenland, dann Italien, nun auch Spanien – immer wieder entstehen in Europa neue Routen und Schauplätze der Flucht. Spanien hat Italien dabei inzwischen als Hauptziel der Migration abgelöst. Und Tarifa – gelegen an der Straße von Gibraltar, an der schmalsten Stelle nur 14 Kilometer von Afrikas Küste entfernt – ist dabei ein Zielort an vorderster Stelle.

Die Zahl jener, die eine gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer wagen, um ihr Glück in Europa zu suchen,

In Tarifa erzählen sie von toten Flüchtlingen, die sie aus dem Meer fischen.

sinkt insgesamt wieder. Im Vergleich zum Jahr 2017 sind 2018 etwa 80 Prozent weniger Menschen über die Seeroute zwischen Libyen und Italien nach Europa gelangt. Dennoch bestimmt seit langem eine Härte die Debatte. Die italienische Regierung weist Rettungsboote an der Küste ab. Willkommenskultur war gestern, in Deutschland sprechen Politiker von „Asyltourismus“ und davon, dass die Migration „die Mutter aller Probleme“ sei.

Während die Zahlen sinken, steigen die Gefahren: Zwischen Januar und Juli 2018 sei zum Beispiel jeder 18. Flüchtling bei der Überfahrt ums Leben gekommen, das besagt eine Statistik der Vereinten Nationen. Auch wenn sie nicht mehr so oft in den Schlagzeilen steht: Die Flucht geschieht jeden Tag. Nach wie vor. Die Herausforderung der Migration scheint kaum ein Land in Europa kalt zu lassen. Auch wenn die Positionen auseinanderdriften, teils um Meilen, scheint eines klar: Das ist keine Frage, die ein einzelnes Land auf Dauer im Alleingang lösen kann.

In einer Häuserreihe in der Altstadt, wo die Bauten Wand an Wand stehen, liegt Rolands Stolz: Ein kleiner Turmbau mit strahlend weißen Wänden, mit schmalen, gekachelten Treppen im Innenhof und einem Garten mit Grill, Palmen, Blumen und baumelnden Wäscheleinen. Das Haus mit den Ferienapartments hat er in den 80ern mit seiner Ex-Frau, einer Deutschen, renoviert. Ein paar geschickte Einheimische, „Tarifeños“, hätten ihnen geholfen.

Roland, der Surfer, erinnert sich daran, wie vor wenigen Jahren einmal ein Boot mit Flüchtlingen kenterte und leblose Körper in den Wellen trieben. Und mit-tendrin die Kite-Surfer. „Ich habe mich danach mit einem Surf-Kollegen unterhalten: Hast du den Toten im Wasser gesehen? Der mit dem weißen T-Shirt? Daraufhin sagte der: Bei mir war es einer mit einem gelben Shirt.“





Europa. Eine Reise nimmt ihr Ende.

Wir sind in Unterfranken. Brüssel ist von hier aus weit weg. Am neuen Mittelpunkt der Europäischen Union ragt ein Schlagbaum in den Himmel – in einem Stein, im Feld. Er ist offen, wie die Grenzen in der EU. Noch flattern keine EU-Fahnen im Wind, der über die Felder fegt. Die drei Masten sind nackt. Einen Schotterweg weiter liegt Gadheim. 80 Einwohner, eine Ampel, eine Straße. Vielleicht einer der wenigen Orte des europäischen Festlands, die auf den Brexit hoffen. Nur dann ist Gadheim tatsächlich das geografische Zentrum der Union. Koordinatenpunkt: 9°54'07“ östlicher Länge und 49°50'35“ nördlicher Breite. 2017 feixten die Gadheimer in einem Youtube-Video, dass nun alle Banken aus London ins „wahre Zentrum“ der EU umziehen könnten. Genug Platz habe man ja. Anfragen von Touristen gibt es inzwischen. Auch der SPD-Politiker Martin Schulz und die Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag waren nach dem Brexit-Referendum im Jahr 2016 schon zu Besuch. Vielleicht ist es ja so etwas wie ein Symbol: Gadheim ist nicht viel mehr als eine Weggabelung – und vor dieser steht die EU vor dieser Wahl am 26. Mai. Geht die Union nach rechts? Nach links? Ab durch die Mitte? Von ei-

ner „Schicksalswahl“ sprechen einige, vom „Kampf um die Seele Europas“. EU-freundliche Parteien der Mitte müssen eine Schlappe fürchten. Nationalistische Populisten hoffen auf einen Triumph. Diese Wahl könnte die EU lähmen. Oder ihr aber den dringend notwendigen Schub für eine Erneuerung bringen. In diesen zehn Tagen in elf Ländern haben wir neue Orte kennengelernt, die uns trotzdem irgendwie vertraut schienen. Fremd haben wir uns nie gefühlt, willkommen überall. Die Menschen, die uns begegneten, waren fast alle für Europa. Der Wille, sich gegen Nationalismus und Rechtsruck zu behaupten, war allgegenwärtig. Wir haben erlebt, dass Wien, Dublin oder Paris mehr als nur Hauptstädte sind, Englisch und Französisch sind Sprachen, mit denen man sich verständigen kann. Dass junge Menschen sich gleichen in ihrem Alltag, ihren Gedanken, der Mode. Junge Europäer wollen gemeinsam eine Antwort finden auf Probleme wie Migration, Armut oder Gleichberechtigung. Selbst wenn viele Länder mit Schwierigkeiten kämpfen – etwa Gesundheitssystem, Bildung, Digitalisierung –, haben sich deren Lebenswelten mittlerweile angeglichen. Um das zu erfahren, brauchten wir nicht viel. Rucksack, Reisepass, Block und Stift. Und natürlich zehn Unterhosen.

Foto: Thomas Obermeier